

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Insetrate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 41

Berlin, den 10. Oktober 1931

39. Jahrgang

Es geht ums Ganze

Die Scharfmacher glauben, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, mit Hilfe der Regierungsmacht einen entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterschaft zu führen. Ihr Kampf richtet sich in erster Linie gegen die lohn- und sozialpolitischen Erfolge der Gewerkschaften. Die Löhne sollen erneut auf der ganzen Linie abgebaut werden. Um Freiheit bei der Lohnbildung zu haben, wird ein gesetzliches Verbot tarifvertraglicher Lohnfestsetzung gefordert; falls die Reichsregierung da nicht ganz mitmachen will, verlangt man die allgemeine Abdingbarkeit der Tarifverträge. Auf sozialpolitischem Gebiet fordern die Unternehmer einen so starken Abbau der Sozialversicherung, dass von ihr nicht viel mehr übrigbleibt als der Name.

Alle diese Forderungen will das Unternehmertum in der unmittelbar bevorstehenden Notverordnung des Reichspräsidenten berücksichtigt haben. An dem Tage, wo diese Zeilen geschrieben werden, stehen die Beratungen kurz vor ihrem Abschluss. Diesen Umstand nehmen die Spitzenverbände der Unternehmer — voran der Reichsverband der Industrie, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände und der Reichsverband des Handwerks — zum Anlass, öffentlich „einen letzten Appell an die Reichsregierung“ zu richten. In diesem Appell sind noch einmal alle Forderungen auf Abbau der Löhne, der Tarifverträge und der Sozialversicherung kurz zusammengefasst. Erst wenn diese Forderungen durchgeführt seien und das Unternehmertum auch in wirtschaftlicher Beziehung wieder völlig frei schalten und walten könne, werde es mit dem deutschen Volke wieder aufwärts gehen. Das Manifest der Unternehmerverbände schliesst mit folgenden Sätzen:

„Nach der Auffassung der unterzeichneten Wirtschaftsverbände hängt die ganze staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft Deutschlands von folgenden beiden höchsten Grundsätzen ab, denen sich in dieser Stunde alle Berufszweige, Volksschichten und Parteien unterordnen müssen:

dem freiheitlichen Grundsatz der von den schöpferischen Kräften der Einzelpersönlichkeit des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers getragenen Privatwirtschaft und

dem bindenden Grundsatz der nationalen Idee und der nationalpolitischen Verantwortung.“

Diese Ausführungen beweisen, dass die Unternehmerführer nichts gelernt und nichts vergessen haben. In einer Zeit, wo die Privatwirtschaft nach den eigenen Worten der Unternehmer am Zusammenbrechen ist, diese selbe Privatwirtschaft als die gegebene und allein richtige Wirtschaftsform hinzustellen, ist wirklich ein starkes Stück. Und was soll das Gerede von „der nationalpolitischen Verantwortung“ angesichts der Tatsache, dass das Unternehmertum noch niemals soviel Kapital und Kapitalwerte ins Ausland verschoben hat wie gerade in dieser Zeit?

Nein, den Unternehmern geht es nicht um das Wohl des deutschen Volkes, sondern um ihren Profit und um ihre Vorkerschafft in Staat und Wirtschaft.

Allein diesen Zielen dient ihr Kampf, der rücksichtslos und brutal geführt wird. Mögen sie, ehe es zu spät ist, erkennen, dass es nicht nur bei ihnen ums Ganze geht, sondern auch bei den Arbeitern!

Die Spitzenverbände aller Gewerkschaftsrichtungen erlassen als Antwort auf das Manifest der Unternehmer gemeinsam die folgende Kundgebung:

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben.

Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiter Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnot der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Misstrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, Überterritorialisierung, Kapitalfehlleitung und systematische Senkung der Kaufkraft.

Seit anderthalb Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein.

Die krasse Interessentenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Überwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeitnehmerschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die

Abkehr von dem seither beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vor-dringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.

2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.

3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.

4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.

5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der

Berlin, den 1. Oktober 1931.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
P. Grassmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:
Aufhäuser.

Deutscher Gewerkschaftsbund:
Otte, Hegewald, Eudenbach.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände:
Neustedt, Lemmer, Rössiger.

Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.

6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.

7. Rücksichtslose Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muss verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muss auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsschuldung und der Reparationen.

Ein internationaler Steuerskandal

Ein Berichterstatter der Berliner „Montagspost“ hat sich einmal aufgemacht, um das als internationale Steueridylle berühmte „Fürstentum“ Liechtenstein auf seine Merkwürdigkeit zu untersuchen. Erstaunliche Dinge sind es, die er zu berichten weiss. Dieses abseits vom Verkehr zwischen der Schweiz und Österreich gelegene Weltreich umfasst rund 10 000 Seelen, davon entfallen 1500 auf die „Hauptstadt“ Vaduz. Der hauptsächlichste Erwerbszweig des Landes besteht in der Organisierung der Steuerflucht aus anderen Ländern, und die Entwicklung dieser Industrie ist die wichtigste Sorge der liechtensteinischen Gesetzgebung und Verwaltung. Da gibt es folgende Verordnung vom 20. Februar 1926:

„Sitzunternehmungen und Vermögensverwaltungen mit dem Sitz Liechtenstein und vorwiegend wirtschaftlicher Betätigung im Auslande können die Privilegien der liechtensteinischen Holdinggesellschaften erreichen, auch dann, wenn sie nur Büro und Vertreter in Liechtenstein haben.“

In keinem zivilisierten Staate der Welt können sich die Kapitalgesellschaften auch nur annähernd solcher „Privilegien“ erfreuen wie in Liechtenstein. Vom Ertrage solcher Unternehmungen wird eine Steuer überhaupt nicht erhoben. Nur für das eingezahlte Kapital sind Steuersätze, je nach der Gesamtsumme, von einem Zehntel bis einem Hundertstel Prozent festgesetzt. Die Regierung von Liechtenstein besteht aber nicht aus Unmenschen und lässt auch noch darüber mit sich handeln. Man kann statt eines festen Prozentsatzes auch eine jährliche Pauschalsumme verakkordieren und, um das Geschäft zu lieben, ist kürzlich verordnet worden, dass

solche Abkommen auf 30 Jahre fest und gegen jede etwaige spätere andere Steuergesetzgebung juristisch gesichert getätigt werden können.

Die Masse muss es bringen, sagt der moderne Finanzminister von Liechtenstein, der den bewährten Geschäftsgrundsatz vom grossen Umsatz und kleinen Nutzen mit sichtbarem Erfolge in die Steuerpolitik eingeführt hat. Fast 1000 Gesellschaften „mit dem Sitz in Liechtenstein und vorwiegend wirtschaftlicher Betätigung im Auslande“ gibt es dort heute schon, und es wird sicher nicht mehr lange dauern, bis auf jeden Einwohner von Vaduz eine millionenschwere Kapitalgesellschaft entfällt.

Dass etwa die im Liechtensteiner Handelsregister eingetragenen Gesellschaften dort auch tatsächlich ihre Geschäfte betreiben, wird weder verlangt noch erwartet. Es gibt im Fürstentum zwei Rechtsanwälte, drei Bankiers und ebenso viele private Treuhänder plus acht Schreibtsche, in denen sich der gesamte Geschäftsbetrieb der 1000 Gesellschaften verkörpert. Die Vereinfachung der Verwaltung, nach der alle Welt schreit, ist hier also in geradzue idealer Weise gelöst. Warum auch so viel Umstände? Eine amtliche Bescheinigung, dass die Gesellschaft in Vaduz ihren Sitz hat und dort ihre „Steuern“ zahlt, genügt ja, um sie in dem Laude, in dem sie ihre tatsächliche Verwaltung hat und Geschäfte betreibt, für die Gewinne steuerfrei zu machen. Der Zufall fügt es nun einmal so, dass die Gewinne immer bei der „Zentrale“ in Vaduz entstehen, während die „Tochtergesellschaften“ sorgenschwer von Verlusten zehren. Wie so etwas gemacht wird, ist kürzlich erst an dem Fall der Lahusen mit ihrer famosen Ultramarine-Gesellschaft in Holland illustriert worden. Vor-kurzem

ging die Nachricht durch die Presse, dass das Weltmonopol für Kohleverflüssigung, an dem der deutsche I. G. Farbentrust massgebend beteiligt ist, seine Zentrale in Vaduz aufgeschlagen hat.

Dieser Steuerbetrug in Vaduz, der in einem lächerlichen Räuberstaate inmitten moderner Rechtsstaaten in aller Öffentlichkeit und skrupellos organisiert worden ist, ist ein unerhörter internationaler Skandal. In allen Ländern schrumpfen unter der Krise die öffentlichen Einnahmen zusammen, und die Finanzminister wissen nicht, wie sie ihre Defizite decken sollen. In Liechtenstein konnte im letzten Jahre der Finanzminister, obwohl er statt Steuern nur geringe Anerkennungsgebühren einhebt, je Einwohner 60 Goldfrank Überschuss für die Staatskasse verbuchen. Wenn die bestehenden Gesetze die Steuerflucht, die in so schamloser Weise von den Kapitalgesellschaften betrieben wird, legalisieren, dann ist es allerhöchste Zeit, dass die Gesetze geändert werden. Wäre es nicht auch eine Aufgabe für den Völkerbund, hier einzugreifen?

Deutsch-französische Wirtschaftskommission

Am 27. September trafen der französische Ministerpräsident Laval und der französische Aussenminister Briand in Berlin ein. Sie erwiderten damit den Besuch, den Reichskanzler Brüning und Aussenminister Curtius vor einigen Wochen in Paris abgestattet haben. Dieses persönliche Zusammentreffen der leitenden Staatsmänner der benachbarten Länder ist ein aussergewöhnliches Ereignis, das auch in der Presse gebührend gewürdigt wurde. Es ist ein Schritt zur Beseitigung der traditionellen „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich, die schon soviel Unglück über die Völker gebracht hat. Der Weltkrieg mit seinen fürchterlichen Folgen ist letzten Endes auf dieses Verhältnis zurückzuführen. Eine politische und wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich bildet auch den Schlüssel zur Lösung der herrschenden Weltwirtschaftskrise.

Der gegenseitige Ministerbesuch ist ein Zeichen dafür, dass bei den leitenden Staatsmännern der Wille zur Verständigung vorhanden ist. Man darf aber nicht übersehen, dass der Weg zu einem völligen Einvernehmen noch weit ist und dass auf ihm noch grosse Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Eine Frucht der Ministerkonferenzen ist der Beschluss, eine deutsch-französische Wirtschaftskommission einzusetzen. Ihr sollen, wie in der gemeinsamen Kundgebung ausdrücklich betont wird, auch Arbeitervertreter angehören. Von der Arbeit dieser Kommission wird erwartet, dass dadurch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gestärkt werden. Gemeinsam mit anderen Völkern will man den Kampf gegen die Wirtschaftskrise führen.

Die Einsetzung dieser Kommission kann einen guten Anfang bedeuten. Man hat aber schon so viele Enttäuschungen erlebt, dass man gut tun wird, sich keinem übertriebenen Optimismus hinzugeben. Wir wünschen der Kommission den besten Erfolg. Ob sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt, wird man aber erst beurteilen können, wenn man die Ergebnisse ihrer Arbeit sieht.

Reichsregierung und Bergarbeiter

Eine neue Lohnabbauwelle ergiesst sich über das Land und sie hat bereits fast alle Berufsweige erfasst. Wie sie von der Regierung geleitet und gestützt wird, zeigt sich am deutlichsten bei der Bewegung im Ruhrbergbau. Die Unternehmer wollen eine Senkung der Löhne. Sie verlangen einen Abbau um 12 Prozent und rühmen dabei ihre Bescheidenheit. Die Auswirkung der englischen Währungskrise, so behaupten sie, hätte eigentlich eine Lohnsenkung um 20 Prozent erfordert. In der Schlichterkammer, vor welcher über den Lohn und über die Arbeitszeit noch gilt das Abkommen, welches die Untertagearbeiter zur Leistung einer täglichen Übersunde verpflichtet, verhandelt wurde, war kein Ergebnis zu erzielen, da der Schlichter mit keiner Partei stimmen wollte. Da besann man sich in der Reichsregierung auf den Artikel 24 der Reichsverfassung.

Am 27. September wurde eine Notverordnung des Reichspräsidenten verkündet, die den Schlichter ermächtigt, nötigenfalls mit zwei Unparteilichen, die er neben den von den Parteien bestimmten Beisitzern in die Schlichterkammer beruft, einen Schiedsspruch zu verkünden. Die Notverordnung gilt nur für diesen Fall. Gestützt auf sie konnte der Schlichter, Professor Brahn, den von der Regierung gewünschten Schiedsspruch fällen. Hiernach wird das Arbeitszeitabkommen unverändert bis zum 31. März 1932 verlängert. Die Löhne werden um 7 Prozent herabgesetzt. Diese Regelung soll aber nur bis zum 31. Januar 1931 gelten. Die Unternehmer nahmen den Schiedsspruch über die Arbeitszeit an, lehnten aber den Lohnabbau um 7 Prozent als unzureichend ab. Die Bergarbeiterverbände aller Richtungen teilten dem Reichsarbeitsminister sofort telegraphisch mit, dass sie den Schiedsspruch mit Entrüstung ablehnen und gegen seine Verbindlichkeit protestieren.

Herr Stegerwald war in Schwulitäten. Wieder musste der Artikel 48 helfen. Am Abend des 30. September verkündete der Rundfunk eine Notverordnung des Reichspräsidenten mit dem Hinzufügen, dass diese Bekanntmachung die Verkündung im Reichsgesetzblatt ersetze. Diese Notverordnung ermächtigt den Reichsarbeitsminister, bei der Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches dessen Laufdauer auch ohne Zustimmung der Parteien zu ändern. Sie bestimmt weiter, dass der Ruhrbergbau für die Zeit vom 1. Oktober bis 30. November von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit ist. Die Beiträge werden für diese Zeit aus der Reichskasse gezahlt.

Diese Notverordnung bildete die Rechtsgrundlage für die Entscheidung, die der Reichsarbeitsminister treffen wollte. Beide Schiedssprüche wurden für verbindlich erklärt, der Lohnschiedsspruch aber mit der Massgabe, dass er nur bis zum 30. November gilt. Die Unternehmer sparen 3/4 Prozent, ihr Lohnkonto mindert sich also um 10/4 Prozent, was ihrer Forderung von 12 Prozent wesentlich näher kommt. Für die Arbeiter beträgt der tatsächliche Lohnabzug statt 7 Prozent nur 3/4 Prozent. Die Kosten dieser Regelung trägt die Reichskasse, deren Ebbe ja allgemein bekannt ist. Das alles gilt aber nur bis zum 30. November. Mit dem 1. Dezember tritt für die Arbeiter der volle Abzug von 7 Prozent in Kraft, sofern nicht dann ein neuer Lohnabbau durchgeführt wird.

Die Erregung der Bergarbeiter ob der ihnen zuteil gewordenen Behandlung ist verständlich. An manchen Stellen ist es zur Arbeitseinstellung gekommen. Diese Streiks sind aber zur Erfolglosigkeit verurteilt, denn die famose Friedenspflicht, die sich in der Praxis nur gegen die Arbeiter auswirkt, macht es den Gewerkschaften unmöglich, die Streikenden zu unterstützen. Die Unternehmer würden sich andernfalls mit Hilfe der Gerichte an den Gewerkschaftskassen für ihre Verluste schadlos halten. Der Verlauf der Bewegung im Ruhrgebiet zeigt die Richtung der von der Regierung geführten Lohnpolitik. Lohnabbau ist Trumpf! Man redet zwar immer wieder von Preisabbau, aber hier bleibt es bei Versprechungen und leeren Redensarten, während der von der Regierung geförderte Lohnabbau eine sehr reale Tatsache ist.

Führerwechsel im Reichsverband der Industrie

In der Führung des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist ein Wechsel eingetreten. Der bisherige Vorsitzende, Dr. Duisberg, hat wegen seines hohen Alters sein Amt niedergelegt. An seine Stelle wurde Herr Krupp von Bohlen und Halbach gewählt. Die Meinungen über Herrn Krupp gehen auseinander: Manche meinen, er sei ein liberal angehauchter Mann, andere halten ihn für einen extremen Scharfmacher. Wie dem auch sei: richtig ist zweifellos, dass er wie bisher auch künftig ein Führer im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft sein wird. Das ist wohl auch seine Hauptaufgabe als Vorsitzender der grössten Unternehmerorganisation.

Not und Überfluss

Während viele Millionen Menschen nichts zu essen und anzuziehen haben, herrscht auf der anderen Seite grosser Überfluss. Die Landwirte wissen nicht wohin mit dem Segen der Äcker, auf den Halden liegen ungeheure Kohlenmengen, die Lager der Fabriken sind bis oben gestopft voll. Alle Bemühungen, die Vorräte abzusetzen, zu verkaufen, sind ohne Erfolg. Die kapitalistische Wirtschaft ist einfach unfähig, ihren Reichtum an die Menschen zu verteilen. Um die Jahresmitte lagerten an den Weltmärkten etwa folgende Mengen Rohstoffe:

	1927	1928	1929	1930	1931
	(In 1000 Tonnen)				
Weizen	4981	6654	9558	10312	12068
Zucker	4395	4696	5345	6277	7075
Kaffee	482	1044	847	1608	1498
Baumwolle.	1282	1125	1015	1350	1717
Jute	99	85	121	263	1000
Kautschuk..	252	211	254	386	504
Steinkohle .	5356	5848	2958	13988	19665
Kupfer	87	53	75	288	375

Diese Zusammenstellung ist der eindringlichste Anschauungsunterricht für den Funktionsfehler der kapitalistischen Wirtschaft. Man beachte: Die Weizenvorräte haben sich im Zeitraum von fünf Jahren verdreifacht, bei Kaffee und Steinkohlen ist das gleiche zu verzeichnen. Bei Kupfer ist sogar eine Vervielfachung der Vorratsstauung eingetreten. Die übrigen Weltmarktrohstoffe sind ebenfalls in Massen vorhanden und harren der Verwendung. Die Hexenmeister des kapitalistischen Wirtschaftssystems stehen händeringend dabei, ohne eine Abhilfe ersinnen zu können. Hätten wir eine Bedarfswirtschaft und keine Profitwirtschaft, so würde das unnötig sein. Daher gilt unser Kampf nach wie vor dem Sozialismus.

Berufsübliche Arbeitslosigkeit

Wiederholt wurde in der „Holzarbeiter-Zeitung“ (zuletzt in dem Aufsatz „Schreiendes Unrecht“ in Nr. 38) darüber Klage geführt, dass z. B. Facharbeiter der Holzindustrie von der Krisenunterstützung ausgeschlossen wurden, wenn sie, ehe sie von der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert wären, vorübergehend Arbeit in einem anderen Beruf, etwa als Bauhilfsarbeiter, angenommen hatten. Nach den bisherigen Bestimmungen galt nämlich derjenige, der mindestens vierzehn Wochen von den der Arbeitslosmeldung vorausgegangenen 26 Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung in einem Saisonberuf zugebracht hatte, als Saisonarbeiter und war von der Krisenunterstützung ausgeschlossen. Diese allgemein als ungerecht empfundene Regelung hat nun eine Änderung erfahren durch die Verordnung über die berufsübliche Arbeitslosigkeit vom 27. August. Hiernach fällt nur noch derjenige unter die Sonderregelung für Saisonarbeiter, der „mindestens 26 Wochen von den der Arbeitslosigkeit vorhergehenden 52 Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung in einem Saisonberufe ausgeübt hat“.

Mit dieser Hinausschiebung der Berechnungsgrenze auf 52 Wochen werden sehr viele zufällige und ungerechte Ergebnisse bei der Einstufung verhindert werden. Noch in einer anderen Hinsicht beseitigt die neue Verordnung einen Ausnahmezustand. Bei der Berechnung der Unterstützungshöhe für die normale Arbeitslosenunterstützung galt schon immer der Grundsatz, dass alle Zwischenbeschäftigungen seit der Antragstellung, solange sie nicht insgesamt sechs- undzwanzig Wochen ausmachen, auf die Höhe der einmal bewilligten Unterstützung keinen Einfluss haben. Zur Einstufung in die Sonderklasse für Saisonarbeiter wurden aber bei der jedesmaligen Arbeitslosmeldung die letzten 26 Wochen einer Nachprüfung unterzogen. Durch diese Art der Berechnung mussten sich logischerweise ständige Veränderungen in der Einstufung für den einzelnen ergeben. Der genannte Grundsatz findet nun auch hier Anwendung. Die Nachprüfung der Beschäftigung zum Zwecke der Einstufung erfolgt jetzt nur einmal, und zwar bei der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt. Die dann getroffenen Feststellungen sind für die ganze Dauer der

Unterstützungszeit massgebend. Zwischenbeschäftigungen werden erst dann zur Berechnung herangezogen, wenn durch sie eine neue Anwartschaft begründet wird.

Die neuen Bestimmungen finden erstmalig Anwendung für alle nach dem 7. September eintretenden Unterstützungsfälle, für die eine Einstufung noch nicht erfolgt ist. Die vor diesem Datum getroffenen Entscheidungen bleiben von den Änderungen unberührt. L.

Kurzarbeiterunterstützung in kleinen Betriebsabteilungen

Zu Beginn dieses Jahres hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einige Änderungen der Vorschriften über die Kurzarbeiterunterstützung verfügt, die manche Vereinfachungen und Erleichterungen der zum Teil sehr unübersichtlich und auslegungsfähigen Materie gebracht haben. Eine wichtige Frage blieb jedoch auch dabei noch ungeklärt, und zwar, ob die im Prinzip zur Unterstützung zugelassene Abteilung auch die für den Betrieb erforderliche Mindestzahl von zehn Arbeitnehmern umfassen müsse.

Eine Stuttgarter Bauschreinerei, die im ganzen Betrieb 20 Arbeiter beschäftigt, hatte auf Grund der neuen Bestimmungen im März dieses Jahres die Kurzarbeiterunterstützung für ihren Maschinensaal mit vier beschäftigten Maschinenarbeitern beantragt. Der Antrag wurde jedoch vom Vorsitzenden des Arbeitsamtes abgelehnt, und auch der angerufene Spruchausschuss wies den Anspruch zurück, beide mit der Begründung, dass die Abteilung zwar die gesetzlich erforderlichen Begriffsvoraussetzungen erfüllt, dass auch die sonstigen Voraussetzungen für den Bezug der Kurzarbeiterunterstützung vorlägen, die Abteilung aber weniger als zehn Arbeitnehmer beschäftige.

Gegen diese Auffassung legte der Bevollmächtigte unserer Stuttgarter Verwaltungsstelle bei der Spruchkammer des Obersicherungsamtes Stuttgart Berufung ein. In der am 22. September gefällten Entscheidung der Spruchkammer wurde der Berufung stattgegeben. Die Spruchkammer stützt sich dabei auf eine im Juni ergangene grundsätzliche Entscheidung des Spruchsenats beim Reichsversicherungsamt in einem ähnlichen Streitfall. Dort ist ausgesprochen, dass der Wortlaut des bezüglichen Artikels der Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung keine Handhabe für die vom Arbeitsamt Stuttgart gewollte Auslegung bietet.

Mit der Entscheidung ist der Streitfall zugunsten der in den kleinen und kleinsten Abteilungen Beschäftigten (es gibt nach der Entscheidung überhaupt keinerlei Zahlengrenze) endgültig und für die Dauer der jetzt geltenden Bestimmungen entschieden. G. K.

Radium billiger

In der verhältnismässig kurzen Zeit, seitdem das Radium bekannt ist, hat es in der Heilkunde, besonders bei der Bekämpfung der Krebskrankheit, eine grosse Bedeutung erlangt. Leider ist der hohe Preis des Radiums ein starkes Hindernis für die Ausnutzung seiner Heilkraft. Der hohe Preis ist nicht nur eine Folge der riesigen Herstellungskosten, er wird zu einem guten Teil durch hohe Profite bedingt, welche die kapitalistischen Hersteller für sich in Anspruch nehmen. Der Rohstoff wird nämlich nur an wenigen Stellen, so in der Tschechoslowakei, vor allem aber am Kongo in Afrika gefunden.

Nunmehr hat man ergiebige Fundstellen auch in Kanada entdeckt. Es wurde eine Gesellschaft, die Radium Corporation of Canada, mit einem Kapital von 10 Millionen Dollar gegründet, die sich das Abbaurecht der Radium führenden Erze gesichert hat. Diese sollen so ergiebig sein, dass man hofft, mindestens 3 Gramm Radium im Jahre zu gewinnen und den Weltmarktpreis um ein Drittel zu senken. Das letztere wäre lehrhaft zu begrüssen. Die Kapitalisten, die 10 Millionen Dollar aufbringen, um 3 Gramm Radium im Jahre zu gewinnen, wollen natürlich keine Wohltäter der Menschheit sein, sondern Profite erzielen. Ohne das privatkapitalistische Profitstreben könnte Radium noch viel billiger sein.

Öffentliche und private Wirtschaft

Aus der Rede des Oberbürgermeisters Otto Brauer (Altona) auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress

Seit den Tagen der Inflation erleben wir in Deutschland ein Kesseltreiben gegen die Gemeinden. Der Kampf geht um die öffentliche Wirtschaft. Der soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fortschritt, ausgelöst durch die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu den Gemeindeparlamenten, soll zunichte gemacht werden. Die gesamte Reaktion im Bunde mit dem früheren Präsidenten der Reichsbank, Dr. Schacht, bilden die Front derer, die die gemeindlichen Betriebe zerschlagen wollen.

Man stellt es so hin, als handle es sich bei der gemeinwirtschaftlichen Betätigung um eine Erfindung der Nachkriegszeit. Betrachten wir einmal die geschichtliche Entwicklung. Die öffentliche Wirtschaft ist nicht, wie unsere Gegner behaupten, erst ein Ergebnis der jüngsten Entwicklung. Sie stand vielmehr bereits im Mittelalter in hoher Blüte. In der mittelalterlichen Stadt mit ihrer Zunftverfassung stand nahezu alles im Betreuungskreis der Stadtverwaltung.

Staatliche Porzellaufabriken und Brauereien, Staatsforsten und Domänen, staatliche Salinen und Heilquellen ragen als Überreste einer umfassenden mittelalterlichen Staats- und Stadtwirtschaft noch in unsere Zeit hinein und erinnern an eine jahrhundertlange Blütezeit staatlicher Manufakturen, Fabriken und Bergregale. Im Vergleich zu dieser mittelalterlichen Wirtschaft hat sich die öffentliche Hand aus der Wirtschaft zurückgezogen. Die Neuzeit erfordert jedoch in immer stärkerer Masse eine Rückkehr zur öffentlichen Wirtschaft.

Durch die Bevölkerungsagglomeration in den Städten entstanden nämlich Massenbedürfnisse, deren Bedeutung für die Allgemeinheit eine gemeinsame Deckung und öffentliche Bewirtschaftung wünschenswert erscheinen lässt. Die Organisationsfehler der Privatwirtschaft, deren Begleiterscheinung zahllose Zusammenbrüche und verheerende Krisen sind, kennzeichnen die private Wirtschaft als eine ungeeignete Wirtschaftsform für lebensnotwendige Bedarfsgüter.

Aber auch die Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft führen zur öffentlichen Wirtschaft hin. Die Privatwirtschaft hat das Prinzip der Wirtschaftsfreiheit durch Vereinbarungen und Zusammenschlüsse selbst aufgegeben und sich in grossem Ausmass vergesellschaftet. Aus der individualistischen Wirtschaft ist bereits in vielen Industrien eine kollektivistische Wirtschaft geworden, von der nur ein kleiner Schritt zur öffentlichen Bewirtschaftung ist. Wo durch solche Zusammenschlüsse und Vereinbarungen die günstigen Auswirkungen der freien Konkurrenz auf die Preisbildung und den technischen Fortschritt ausgeschaltet sind, müssen durch öffentliche Konkurrenzbetriebe die Preise beeinflusst und die Selbstkosten der Privatwirtschaft kontrolliert werden.

Diese Beseitigung der Konkurrenz ist eines der vielen Kennzeichen für die allgemeine Flucht der Privatwirtschaft aus dem Risiko, das doch allein dem Unternehmer seine Existenzberechtigung gibt. Man strebt eine gesicherte Rente ohne Risiko an. Dazu gehört auch die Heranzüchtung eines wirtschaftsindustriellen Staatsrentneriums durch Schutzzölle, Exportprämien, Subventionen und Ausfallbürgschaften des Reichs, wobei das Risiko die Allgemeinheit trägt. Es ist nur eine Selbstverständlichkeit, wenn die Allgemeinheit nicht bloss am Verlust, sondern auch am Gewinn der Privatwirtschaft beteiligt sein will und einen verstärkten Einfluss auf die Wirtschaftsführung verlangt.

Diese Forderung ist um so berechtigter, als die grossen Wirtschaftsorganisationen heute Entscheidungen über den Rahmen der Privatwirtschaft hinaus von volkswirtschaftlicher Bedeutung fällen, obwohl es unbestreitbar Sache des Reichs ist, die volkswirtschaftlichen Interessen zu wahren. Erst durch eine öffentliche Kontrolle der Grossbetriebe wird die erforderliche Synthese von Wirtschaft und Staatspolitik hergestellt werden.

Das ist auch deshalb besonders zu betonen, weil heute Privatwirtschaft und Volkswirtschaft auseinanderklaffen. Im

Vordergrund der privaten Produktion steht nicht die Bedarfsdeckung, also der Dienst an der Allgemeinheit, sondern der Verdienst. Diese Einstellung der Privatwirtschaft führt zu Erschütterungen der Volkswirtschaft. Die Privatwirtschaft verharrt bei einer grossen Anzahl von Warenpreisen in überlebten Wertrelationen und findet keinen Anschluss an die vorhandene Konsumkraft. Durch diese falsche Preispolitik werden Millionen Arbeiter auf die Strasse geworfen und aus Steuerzahlern und Käufern zu einer Belastung der Allgemeinheit. Ein ungeheurer unbefriedigter Bedarf an Wohnraum, Kleidung und Nahrung kann sich nicht in Absatz verwandeln, weil die Preise viel zu hoch sind. Im Gegensatz zu diesem Profitstreben der Privatwirtschaft erhält der öffentliche Betrieb seinen inneren Antrieb vom Dienstwillen an der Gesamtheit. Er ist eine notwendige Korrektur der individualistischen Wirtschaftsauffassung und ein glücklicher Ausgleich zwischen dem ertragswirtschaftlichen Gedanken und der Idee des Gemeinwohls.

Die öffentliche Wirtschaft bedeutet noch nicht Sozialismus. Vielmehr wurde die Kommunalisierung der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke in Deutschland im vorigen Jahrhundert durchgeführt zur Zeit des Sozialistengesetzes und des Dreiklassenwahlrechts, das die Arbeiterschaft von allen Stadtparlamenten fernhielt.

Jedoch haben die masslosen Angriffe gegen die öffentliche Wirtschaft einen politischen Hintergrund. Man will die infolge des allgemeinen Wahlrechts zu politischem Einfluss gekommenen Bevölkerungsschichten auch weiterhin in wirtschaftlicher Ohnmacht erhalten und von der Wirtschaftsführung ausschliessen. Ohne wirtschaftliche Macht ist die Eroberung eines besitzlosen Staates nichts anderes als die Ergreifung einer leeren Kasse. So betrachtet, sind die Angriffe der Privatwirtschaft gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand nur der Versuch, die politischen Kräfteverschiebungen der letzten Jahre zu annullieren. Die Angriffe der Privatwirtschaft stehen im krassen Widerspruch zu dem Gedanken des freien Wettbewerbs. Ein Verbot der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand wäre mit einer Privilegierung der Privatwirtschaft identisch und würde zugleich das Recht der kommunalen Selbstverwaltung antasten.

Heute verlangt das Staatsinteresse den Ausbau der öffentlichen Wirtschaft. Die Deckung des öffentlichen Finanzbedarfs durch eine eigene wirtschaftliche Tätigkeit des Reichs würde viel reibungsloser vor sich gehen als durch die bisherigen Zwangsbeiträge in Steuerform. Und man hätte die Gewissheit, dass die erwirtschafteten Erträge nicht ins Ausland flüchten würden. Die Privatwirtschaft hat durch die ungeheure Kapitalflucht ins Ausland sich als eine ungeeignete Basis unserer Währung erwiesen. Nur über Eigenbesitz des Reiches führt der Weg zu einer gesicherten Wäh-

lung. Ohne solchen Eigenbesitz bleibt ein armes und verschuldetes Gemeinwesen der schleichende Bankrott in Permanenz. Will man den Staat nicht als Träger öffentlichen Eigentums, so wird er eben automatisch zum Träger öffentlicher Schulden. Im Feudalstaat, im ständischen und absolutistischen Staat hatte die Staatsgewalt grosses Eigenvermögen. Erst der ökonomische Liberalismus wurde der Schöpfer des grundsätzlich armen Staates. Der Staat wurde aus der Wirtschaft verdrängt und ist nur noch souverän aus zweiter Hand. Die Sicherung des demokratischen Staates fordert jedoch die Schaffung wirtschaftlicher Eigenmacht des Reiches. Die indu-

striellen Grossunternehmungen bilden wirtschaftliche Herzogtümer, denen gegenüber das Reich sich eine wirtschaftliche Hausmacht verschaffen muss. Die Interessen der Allgemeinheit müssen dabei allen Individualrechten vorgehen. Letzten Endes ist jede Steuer eine Konfiskation vom Privateigentum und ein Zwangseingriff in die Wirtschaft.

Die politische Demokratie allein genügt nicht; sie wird erst gesichert und fundiert durch eine Demokratisierung der Wirtschaft und Rationalisierung der jetzigen Wirtschaftsverfassung. Der öffentliche Betrieb ist ein Anfang und ein Teil dieser Entwicklung.

Gegen Arbeitslosennot — Für Wohnungs- und Siedlungsbau

Von der in Aussicht stehenden neuen Notverordnung ist bekanntgeworden, dass starke Kräfte am Werke sind, sie mit unerträglichen sozialen Ungerechtigkeiten zu spicken. Gegen diese Pläne richtete sich die eindrucksvoll verlaufene Kundgebung, die von den Vorständen der ADGB und des AFA-Bundes am 25. September im ehemaligen Herrenhaus in Berlin veranstaltet wurde. Als erster Redner sprach Spließ vom Vorstand des ADGB über Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung. Er schätzt die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter auf 5½ bis 6 Millionen. Die Unterstützung der Arbeitslosen ist jetzt schon so herabgedrückt, dass man sagen kann, der Bogen ist überspannt. Wenn auch die Aussichten der Kapitalbeschaffung gering sind, so bestehen doch manche Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung, die ausgenutzt werden müssen. Dazu gehören die Arbeiten der Reichsbahn, der Strassenbau und anderes mehr. Vielfach aber werden vorhandene Mittel falsch eingesetzt. Eine unerträgliche Verschwendung sind die direkten und indirekten Subventionen an die Landwirtschaft. Zusammen mit den aus dem übersteigerten Zollschatz resultierenden Überpreisen werden der Landwirtschaft jährlich 3 Milliarden Mark, ebensoviel wie der Arbeitslosenschutz kostet, zugewandt. Der Erfolg ist die Erhaltung schlecht wirtschaftender Betriebe.

Eine unsinnige Lohnpolitik zerstört die Kaufkraft des deutschen Arbeitnehmers immer mehr. Die Löhne sind im Laufe des letzten Jahres um 15 bis 18 Prozent gesunken, sehr viel stärker als die Lebenshaltungskosten. Es muss endlich dem Lohnabbau Einhalt getan werden. Der freiwillige Arbeitsdienst droht zu einer neuen Gefahr für den Arbeitsmarkt zu werden, weil, wenn die fraglichen Arbeitsobjekte nicht tatsächlich in vollem Ausmass zusätzlich sind, von ihm ein unerträglicher, sich auf den allgemeinen Arbeitsmarkt weiter durchsetzender Lohndruck ausgeht.

Die Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, die sich auf internationale Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung beziehen, verlangen ernste Würdigung. Auch die allgemeine Arbeitszeitverkürzung muss in den Dienst der Arbeitsbeschaffung gestellt werden.

Leider lässt sich die Reichsregierung durch den Widerstand der Arbeitgeberverbände beeinflussen und scheut sich, selbst von den viel zu geringen Möglichkeiten, die die Notverordnung vom 5. Juni 1931 bietet, praktisch Gebrauch zu machen. Die Tatsache, dass mehr als ein Drittel aller zur Zeit überhaupt beschäftigten Arbeiter bereits Kurzarbeiter sind, die sich verteilen auf Zehntausende von Betrieben der unterschiedlichsten Grösse in allen Berufen, beweist, dass die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden wirtschaftlich und technisch durchaus möglich ist. Ist die 40-Stunden-Woche auch kein Allheilmittel, so bietet sie doch im Augenblick die einzige sich sofort auswirkende Möglichkeit, 700 000 bis 800 000 Arbeitslose wieder in die Betriebe zurückzubringen.

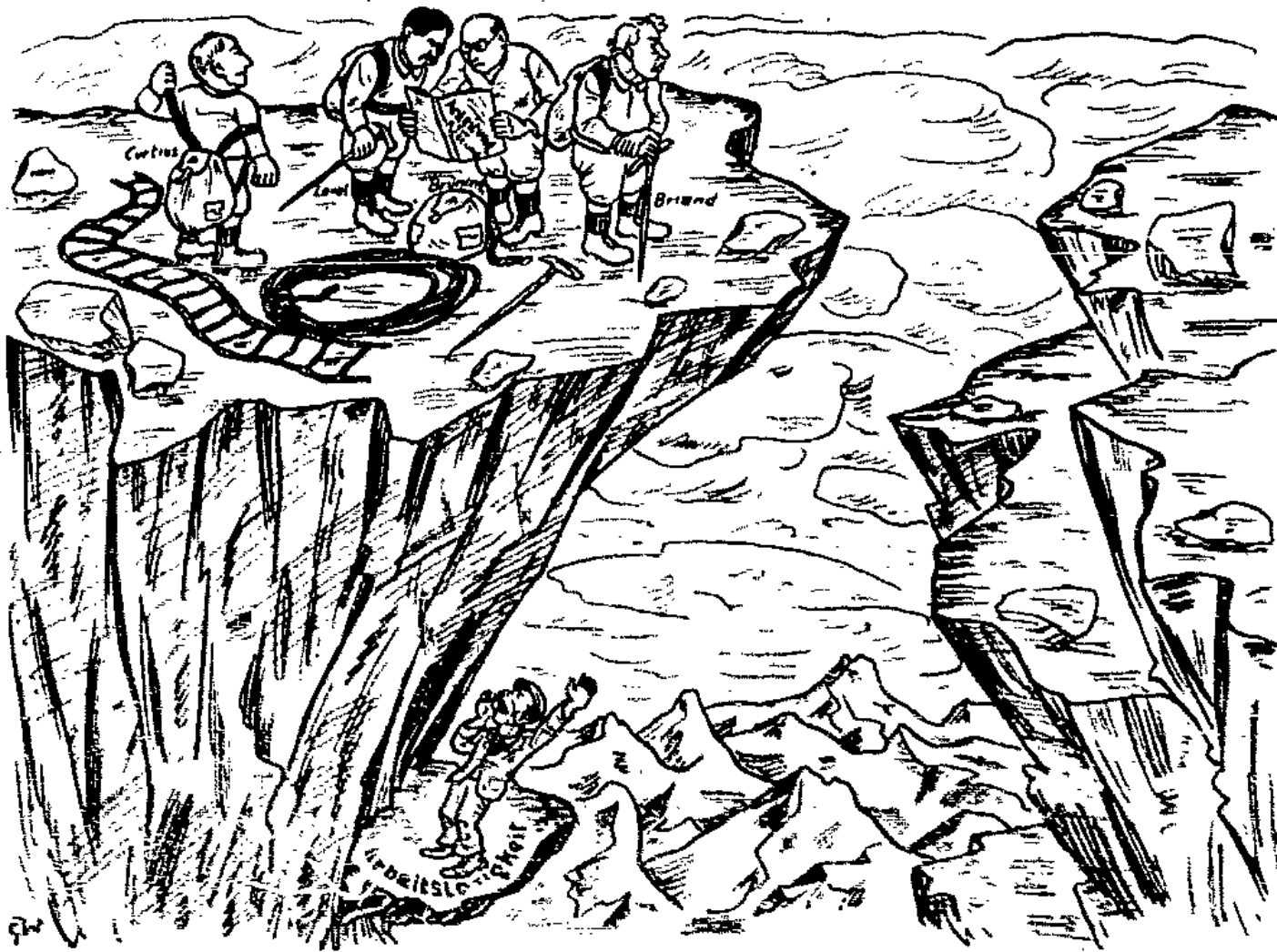
Der folgende Redner, Nikolaus Bernhard, der Vorsitzende des Bauwerksbundes, sprach über die Bauwirtschaft in der Krise. Er wies auf die ungeheure Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hin. Dabei hat sich in den letzten Wochen der Geld- und Kreditbeschwerden die Situation auf dem Bauparkt durch zahlreiche Stilllegungen noch ganz wesentlich verschärft. Die Aufhebung der Hauszinssteuer wäre jetzt ein gefährliches Experiment. Noch fehlen mindestens 550 000 bis 600 000 Wohnungen. Bernhard wies auf die dringend erforderlichen Reparaturen im Strassenbau hin, auf den notwendigen Ausbau der Wasserkräfte, den Bau von Schutzdämmen gegen Hochwassergefahren, den Brückenbau usw. Eine sofortige grosszügige Arbeitsbeschaffung für die Bauwirtschaft wäre eine volkswirtschaftlich wertvolle und eine staatspolitische Tätigkeit ersten Ranges.

In dem Referat über Hauszinssteuer und Bauwirtschaft betont der Referent, Ministerialdirektor Meyer vom preussischen Wohlfahrtsministerium, dass eine Beseitigung der Hauszinssteuer eine erträgliche Wohnungswirtschaft unmöglich mache. Die Steuer beträgt nicht 48 Prozent, wie behauptet wird, sondern nur 15 bis 48 Prozent der Friedensmiete. Wenn der Wohnungsmangel in Preussen abgestellt werden soll, müssten für ein Jahrzehnt 180 000 Klein- und Kleinstwohnungen gebaut werden.

Der letzte Redner, Staatssekretär Krüger vom preussischen Landwirtschaftsministerium, behandelte die Siedlungsfrage. Bei einer Eigenerzeugung landwirtschaftlicher Produkte im Werte von 10 bis 12 Milliarden Mark jährlich hätte Deutschland eine Einfuhr, die im Jahre 1930 noch 1,89 Milliarden Mark betrug. Technisch bestände die Möglichkeit, diesen Mehrbedarf selbst zu erzeugen. Ein Teil der östlichen Grossbetriebe ist aber in einer so kritischen Lage, dass die Bewirtschaftung in der bisherigen Form nicht mehr durchgeführt werden kann und die Aufteilung in kleinere Stellen oder die genossenschaftliche Besiedlung das einzige Mittel ist, um die landwirtschaftliche Produktion überhaupt aufrechtzuerhalten. Das Regierungsprojekt einer Ansiedlung von städtischen Erwerbslosen an den Rändern der Grossstadt verdiene grösste Beachtung. Allerdings werde dadurch den Erwerbslosen keine neue Existenz geboten, sondern nur Gelegenheit zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln.

In seiner Schlussansprache richtete der Leiter der Kundgebung, Egger, vom Vorstand des ADGB, einen eindringlichen Appell an die Reichsregierung, von dem Erlass von Notverordnungen Abstand zu nehmen, die solche sozialen Ungerechtigkeiten enthalten wie die Notverordnung vom 5. Juni.

Die Rettungsexpedition



Keine Herren, beilien Sie sich, sonst muss ich hier unten verhungern



Aus dem Verbandsleben



Unser Verband im Rahmen der Gewerkschaften

Die vom Vorstand des ADGB. veröffentlichte Gewerkschaftsstatistik ermöglicht es, einige Vergleiche zwischen den angeschlossenen Verbänden anzustellen. Betrachten wir zunächst die Mitgliederzahl. Von den 4717 569 Mitgliedern, die alle dem ADGB. angeschlossenen Gewerkschaften am Schlusse des Jahres 1930 zählten, entfallen 299 924 oder 6,4 Prozent auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften 4 821 832. Davon entfallen auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband 308 872; das sind gleichfalls 6,4 Prozent.

In der Grössenordnung der Verbände steht unser Verband an der fünften Stelle. Die grösste Organisation ist der Metallarbeiter-Verband mit 951 270 Mitgliedern; dann folgt der Gesamtverband mit 682 989, der Bau-gewerksbund mit 476 276 und der Fabrik-arbeiter-Verband mit 455 579 Mitgliedern.

Unter den 4 821 832 Gewerkschaftsmitgliedern sind 684 978 weibliche; das sind 14,2 Prozent. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat 19 617 weibliche Mitglieder, das sind nur 6,4 Prozent seiner Mitglieder. Im Holzgewerbe ist eben die Frauenarbeit weit schwächer vertreten als in anderen Gewerbe- und Industriezweigen. In manchen Verbänden, z. B. bei den Bekleidungsarbeitern, den graphischen Hilfsarbeitern, den Futurarbeitern, den Tabakarbeitern und Textilarbeitern, stellen die Frauen die Hälfte, zum Teil sogar einen noch weit grösseren Prozentsatz der Mitglieder.

In einer im Jahrbuch des ADGB. abgedruckten Übersicht wird eine Darstellung über die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Verbände gegeben, berechnet auf den Kopf des Mitgliedes. Aus dieser Übersicht stellen wir nachstehend einige Zahlen zusammen, die sich auf die Gesamtheit der Verbände und den Deutschen Holzarbeiter-Verband allein beziehen.

Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1930 auf den Kopf des Mitgliedes.

	Im Durch-schnitt aller Gewerkschaften Mk.	Im Deutsch. Holz-arbeiter-Verband Mk.
Einnahmen zusammen.....	48,04	40,48
Ausgaben		
Unterstützungen.....	25,62	26,55
Arbeitskämpfe.....	2,05	3,03
Presse u. Bildungszwecke.....	2,90	1,33
Agitation u. Organisation.....	4,75	3,19
Sonstiges.....	2,08	1,16
Verwaltungskosten:		
Hauptkasse: Persönliche.....	1,73	1,02
Sachliche.....	0,87	0,40
Verwaltungsstellen.....	10,02	8,17
Ausgaben zusammen.....	50,02	44,85

Aus dieser Zusammenstellung ist zu entnehmen, dass die auf ein Mitglied berechneten Einnahmen in unserem Verband beträchtlich hinter dem Durchschnitt zurückblieben. Dagegen überschritten die Aufwendungen für die Mitglieder unseres Verbandes den Durchschnitt nicht unerheblich. Während im Gesamtdurchschnitt für Unterstützungen 25,62 Mk. pro Mitglied ausgegeben wurden, betrug die Kopfquote in unserem Verband 26,55 Mk. Auch für Arbeitskämpfe hat unser Verband 3,03 Mk. auf den Kopf des Mitgliedes ausgegeben, während der Durchschnitt nur 2,05 Mk. beträgt. Bei den übrigen Ausgabeposten, wie Presse, Agitation und Sonstiges, bleiben die Ausgaben unseres Verbandes hinter dem Gesamtdurchschnitt zurück. Das gleiche gilt auch für die Verwaltungskosten, die persönlich sowohl wie die sachlichen und in der Zentrale wie in der Verwaltungsstellen.

Das Fehlbudget der Rechnung ist die Feststellung, dass die Gewerkschaften im Jahre 1930 mehr ausgegeben als einge-

nommen haben. Im Gesamtdurchschnitt beträgt die Mehrausgabe 1,98 Mk. pro Mitglied, im Deutschen Holzarbeiter-Verband aber 4,37 Mk. Die Ursache der Mehrausgabe ist die schlechte Wirtschaftslage, welche die Einnahmen vermindert und die Gewerkschaften zu erhöhten Ausgaben zwingt. In unserem Verbandsleben haben sich die Ursachen besonders stark ausgewirkt, und wenn die Mehrausgabe den Gesamtdurchschnitt stark übersteigt, so ist das hauptsächlich auf die verhältnismässig hohen Aufwendungen für die Mitglieder zurückzuführen. Unser Verband darf mit Stolz auf diese Zusammenstellung blicken. Sie beweist, dass auch in der schweren Zeit der Deutsche Holzarbeiter-Verband seiner Aufgabe gerecht geworden ist.

Die Lohnbewegung im Holzgewerbe

Die Bewegung des Unternehmertums zu einem erneuten Abbau der Löhne hat kräftig eingesetzt. Die Unternehmer im Holzgewerbe sind an dieser Bewegung lebhaft beteiligt. Überall, wo die Möglichkeit zur Kündigung von Lohnabkommen bestand, wurde davon Gebrauch gemacht, und zum Teil sind geradezu hanebüchene Abbauforderungen gestellt worden. Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes hat wieder ein Betätigungsgebiet gefunden. Die zentrale Vertragsregelung hat er zwar zerschlagen, und es fehlten ihm auch die Kraft und der Wille, positiv für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Holzgewerbe nach einheitlichen Gesichtspunkten zu wirken. Um so eifriger arbeitet er hinter den Kulissen in negativem Sinne. Der Arbeitgeberverband predigt mit grossem Eifer das Evangelium des Lohnabbaues, und er hat dabei die Genugung, Gläubige auch in solchen Gebieten zu finden, die sonst von der Führung durch den Arbeitgeberverband nichts wissen wollen. Wir wollen ihn in dieser Tätigkeit, in der er anscheinend Befriedigung findet, nicht weiter stören.

Die Lohnvereinbarungen im deutschen Holzgewerbe sind so ziemlich auf der ganzen Linie von den Unternehmern gekündigt worden. Soweit sie noch nicht abgelaufen sind, stehen sie unmittelbar vor dem Ablauf. In den meisten Gebieten schweben Verhandlungen, die in einigen Gebieten, wie in Württemberg und Mecklenburg-Schwerin, abgeschlossen sind. Hierüber haben wir berichtet. In anderen Gebieten, so in Baden, Rheinland-Westfalen, Sachsen-Anhalt, liegen Schiedssprüche vor, deren Schicksal noch unentschieden ist. Über weitere Abschlüsse berichten wir nachstehend.

Bezirk Hessen-Nassau-Hessen

Der am 6. März abgeschlossene Bezirkslohnvertrag war von den Unternehmern zum Ablauf am 14. August gekündigt worden. Erst am 27. August wurden Verhandlungen aufgenommen, in welchen die Unternehmer eine Senkung der Tariflöhne um 15 Prozent forderten; die neuen Löhne sollten bis zum 30. September gelten. Nach wiederholten Verhandlungen wurde am 28. September mit dem Landesverband der Holzindustrie und des Holzgewerbes, Sitz Frankfurt a. M., eine Vereinbarung getroffen, die eine Herabsetzung des Tariflohns in den drei oberen Klassen um 6 Pf., in den übrigen Ortsklassen um 5 Pf. vorsieht. Die Löhne an der Spitze betragen nunmehr in den sechs Ortsklassen 113, 108, 103, 97, 92 und 87 Pf. Auch die Kostgeldsätze der Lehrlinge sind neu geregelt. Sie betragen in den vier Lehrjahren in der ersten Ortsklasse 9, 17, 23 und 34 Pf. und gehen herab auf 7, 13, 17 und 26 Pf. in der untersten Ortsklasse. Die neuen Lohnsätze gelten ab 24. September. In der Zwischenzeit seit Ablauf des letzten Abkommens vorgenommene Kürzungen sind anzurechnen. Dieses Abkommen kann erstmalig zum 31. Januar 1932 gekündigt werden.

Vertragsgebiet Halle

Im Vertragsgebiet Halle a. d. Saale sind nach erfolgter Kündigung durch die Unternehmer sowohl Mantelvertrag wie Lohnabkommen am 30. September abgelaufen. Die Verhandlungen mit dem Bezirksverband der Arbeitgeber wurden am 24. September aufgenommen. Am 28. September wurde eine Verständigung erzielt. Hiernach wird der Mantelvertrag vom 5. Juni 1929 bis zum 15. Februar 1932 verlängert. Der Ecklohn wird ab 1. Oktober um 5 Pf., ab 3. Dezember um einen weiteren Pfennig herabgesetzt. Die vertraglichen Spitzenlöhne betragen sonach in den vier Ortsklassen ab 1. Oktober 103, 99, 95 und 88 Pf., ab 3. Dezember 102, 98, 94 und 87 Pf. Dieses Abkommen ist erstmalig zum 31. Januar 1932 kündbar.

Rheingebiet

Für das Holzgewerbe im Rheingebiet wurde, nachdem die Parteien unter sich schon zweimal vergeblich verhandelt hatten, am 29. September ein Schiedsspruch gefällt, der den Tariflohn des Facharbeiters über 22 Jahre von 1,11 Mk. auf 1,06, also um 5 Pf. ermässigt. Die Erklärungsfrist für diesen Schiedsspruch läuft bis zum 5. Oktober. Das Bestreben der Arbeitgeber, ausserdem auch eine wesentliche Verschlechterung des Berufsgruppenschlüssels für die Hilfsarbeiter zu bekommen, konnte mit Erfolg abgewehrt werden.

Kampfabschluss in Burgdorf

Die Aussperrung in der Möbelfabrik Voltmer in Burgdorf (Hannover), über welche wir in der vorigen Nummer berichtet haben, ist beendet. Am 29. September schloss unser Gauvorsteher mit dem Firmeninhaber eine Vereinbarung, in der festgesetzt ist, dass der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe vom 5. Juni 1929 von der Firma wieder anerkannt wird. Der Tariflohn an der Spitze wird auf 94 Pf. festgesetzt. Die Arbeit wurde am 30. September wiederaufgenommen.

Kontakt mit den Arbeitslosen

Die Verwaltungsstelle Dresden hat Massnahmen getroffen, um eine bessere Verbindung mit den zahlreichen arbeitslosen Kollegen herzustellen und dauernd aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zweck ist beschlossen worden, auch den arbeitslosen Kollegen die „Holzarbeiter-Zeitung“ jede Woche zuzustellen. Nachdem zwei stark besuchte Arbeitslosenversammlungen gegen wenige Stimmen dem Vorschlag zugestimmt hatten, dass die arbeitslosen Kollegen wöchentlich einen Beitrag von 10 Pf. zu zahlen haben, wurde dieser Vorschlag in einer Mitgliederversammlung zum Beschluss erhoben. Die arbeitslosen, ebenso auch die arbeitsunfähigen kranken Mitglieder zahlen demnach vom 1. Oktober an einen Wochenbeitrag von 10 Pf. Doch bleiben solche Mitglieder, die infolge sehr langfristiger Arbeitslosigkeit keine oder nur ganz geringe Unterstützung beziehen, auch von diesem Beitrage befreit. Sie müssen aber ihr Buch alle vier bis sechs Wochen abstempeln lassen.

Aus der Verwaltungsstelle Fulda

Seit dem Jahre 1911 besteht die Verwaltungsstelle offiziell, aber schon lange vorher hatten sich einige Kollegen, geführt von dem Drechsler Zehrt, der 1899 als erster ireorganisierten Holzarbeiter nach Fulda kam, zusammengeschlossen. Nach einer erfolgreich durchgeführten Lohnbewegung im Juli 1911 gelang es, eine Verwaltungsstelle ins Leben zu rufen, welche 1913 bereits 28 Mitglieder zählte. Der Krieg vernichtete auch die hier geleistete Aufbauarbeit. Die stürmische Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaftsbewegung nach dem Zusammenbruch wirkte sich auch hier aus. Im Sommer 1923 musterte unser Verband 147 Mitglieder. Bald darauf aber setzte eine scharfe Abwärtsentwicklung ein, und 1927 wurde der Tiefstand mit etwa 13 Mitgliedern

erreicht. Ein verlorener Streik und das Erliegen der Holzindustrie in Fulda haben die rückläufige Entwicklung beschleunigt. Aber auch die weltanschauliche Einstellung des Fuldaer Arbeiters spielt eine entscheidende Rolle. Von allen Seiten war der Gewerkschaftsgedanke verpöndet worden, als aber die freie Gewerkschaftsbewegung auf die Regelung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit Erfolg heranging, entdeckten gewisse Kreise ihre Sympathien zur Organisation. Dann wurde mit aller Macht die christliche Organisation als die einzig richtige propagiert. Trotz alledem hat sich die freie Arbeiterbewegung auch hier die nötige Beachtung erzwingen. Auch in unserer Organisation sind die Jahre des Niedergangs längst überwunden. Seit Jahren ist ein mächtiger Aufstieg festzustellen, und es kann behauptet werden, dass die Vorkherrschaft der christlichen Organisation gebrochen ist. K. L.

Das Fachblatt für Holzarbeiter

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“, die von unserem Verbandsrat herausgegebene kunstgewerbliche Zeitschrift, findet bei unseren Verbandsmitgliedern, für die sie doch hauptsächlich bestimmt ist, bei weitem nicht die gebührende Beachtung. Auf das „Fachblatt“ trifft in gewisser Hinsicht das bekannte Wort zu von dem Propheten, der im Vaterlande nichts gilt. Unsere Kollegen dürften es interessieren, wie Gegner der Bestrebungen unseres Verbandes, also Leute, die gewiss nicht in den Verdacht kommen können, für seine Publikationen voreingenommen zu sein, über unser „Fachblatt“ urteilen.

In der Zeitschrift „Das deutsche Holzgewerbe“, dem Organ der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie und der Berliner Tischler-Innung, finden wir die folgende Besprechung:

„Vor uns liegt der geschmackvoll gebundene 25. Jahrgang 1930 des „Fachblattes für Holzarbeiter“, einer Monatsschrift, von der man bekennen muss, dass sie das ihr gesteckte Ziel unter der Schriftleitung von Wilhelm Schliebener vollkommen erreicht. Jeder Fachmann, der diese auf Kunstdruckpapier gedruckten Hefte mit ihren unzähligen Abbildungen und Abhandlungen aller Art durchblättert, wird gestehen, dass es sich hier um eine der allerbesten fachtechnischen Zeitschriften des Holzgewerbes handelt. Die Abbildungen sind von tadelloser Ausführung, sie geben auch dem Laien eine vortreffliche Übersicht über das moderne Möbel. Die vielen Aufsätze behandeln die rein technischen und die kunstgewerblichen Probleme unseres Gewerbes. Die heranwachsende Generation im deutschen Holzgewerbe, die sich an dieser Fachzeitschrift weiterbildet, wird bei emsigem Studium bestimmt zur Meisterschaft gelangen. Die Zeitschrift ist in der Tat ein unparteiischer Beobachter und Berichterstatter über das Ringen um die Ausdrucksformen, das sich in der Stil- und Geschmacksentwicklung in den Erzeugnissen des Holzgewerbes widerspiegelt, unter Betonung des Guten und Schönen und im Kampf gegen den Kitsch. Bei aller sonstigen Gegnerschaft gegenüber dem Herausgeber stellen wir fest, dass der Holzarbeiter-Verband als Verleger dieser schönen Hefte für die fachtechnische und kunstgewerbliche Fortbildung ein hervorragendes Werk geschaffen hat, dem wir auch die ihm gebührende Beachtung in den Kreisen der Arbeitgeber wünschen.“

Unser Verband macht nicht unerhebliche Aufwendungen, um das „Fachblatt“ dauernd auf seiner Höhe zu halten. Es hat auch unter den Verbandsmitgliedern eine ganz ansehnliche Lesergemeinde. Die Zahl der Abonnenten müsste aber noch viel grösser sein.

*Mit Lieffmann'schem Blumenschnitt
ist der 41. Wochenausgaben fertig*



Holzindustrie



Aus der Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie

Von den Schwierigkeiten der Wirtschaftslage ist die Musikinstrumentenindustrie besonders hart betroffen worden. Es berührt daher eigenartig, aus dem Bericht der Berufsgenossenschaft zu erfahren, dass sich die Zahl der Betriebe im Jahre 1930 fast gar nicht geändert hat. Zwar hat sich in der Sektion Berlin die Zahl der Betriebe um 16 vermindert, dafür sind aber in der Sektion Leipzig 8 und in der Sektion Stuttgart 7 Betriebe mehr vorhanden als im Jahre zuvor. Insgesamt umfasste die Berufsgenossenschaft 1542 Betriebe mit 39 092 beschäftigten Personen, das sind 13 172 weniger als 1929. Als Vollarbeiter zu je 300 Arbeitstagen wurden 23 316 gemeldet gegen 32 283 im Jahre 1929. Gleichviel mit welchen Zahlen man rechnet, der seit Jahren anhaltende Rückgang in der Zahl der Arbeiter hat bedeutende Fortschritte gemacht.

Der starke Rückgang der Zahl der Arbeiter führte zu einer Verminderung der Zahl der Unfälle. Es wurden 1140 (im Jahre 1929 1774) Unfälle gemeldet und 131 (185) erstmalig entschädigt. Aber nicht nur die absolute, sondern auch die relative Zahl der Unfälle ist zurückgegangen. Auf 1000 Vollarbeiter kamen 48,93 (54,95) gemeldete und 5,62 (5,73) erstmalig entschädigte Unfälle. Die als entschädigungspflichtig anerkannten Krankheiten spielen in der Berufsgenossenschaft eine geringe Rolle. 5 (im Vorjahr 14) Krankheitsfälle wurden gemeldet, wovon 1 (0) als entschädigungspflichtig anerkannt wurden. Grössere Bedeutung haben die Wegeunfälle, von denen 88 (139) gemeldet und 18 (22) erstmalig entschädigt wurden.

In dem Bericht der technischen Aufsichtsbeamten wird unter anderem erwähnt, dass bei schärferer Beaufsichtigung der Lehrlinge und jugendlichen Personen mehrere Unfälle vermeidbar gewesen wären. Gerügt wird unachtsames und vorschriftswidriges Verhalten von Arbeitern. So hat das Entfernen von Sägespänen an laufenden Kreis- und Bandsägen in zwei Fällen zu Gliederverlusten geführt. Auch das Schmierbewegter Maschinenteile, Nichtbenutzen von Schutzbrillen, Tragen unvorschriftsmässiger Kleidung, insbesondere weiter Ärmel, sind Unfallursachen, die vermeidbar sind.

Bemerkenswert ist das, trotz des Rückganges der Unfallhäufigkeit im allgemeinen, beobachtete Ansteigen der Maschinenunfälle. Deren Anteil an den gemeldeten Unfällen ist von 1925 bis 1929 von 40 auf 27 Prozent zurückgegangen, im Jahre 1930 aber wieder auf 31 Prozent gestiegen. Trotz der starken Verminderung der Arbeiterzahl, wodurch auch viele geübte Maschinenarbeiter freigestellt wurden, werden noch weibliche Personen an gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt. In zwei Fällen wurde das bei der Revision festgestellt und untersagt. In zwei weiteren Fällen, wo Unfälle weiblicher Versicherter festgestellt wurden, ergab sich, wie der Bericht meldet, dass die Verletzten nicht mit der selbständigen Bedienung der Maschinen beauftragt waren, sondern sich unbefugt in der Nähe der laufenden Werkzeuge zu schaffen gemacht hatten. Wir wollen annehmen, dass der Aufsichtsbeamte solche Ausreden mit der gebotenen Skepsis aufnimmt und dass er seine Mitteilung nicht allein auf die Angabe des Unternehmers stützt.

Über die Aufsichtstätigkeit der Beamten wird berichtet, dass 70 (im Vorjahr 75) Prozent der Betriebe besichtigt wurden. In der Hauptsache werden die grösseren Betriebe alljährlich besichtigt, während die Revision der kleineren Betriebe in grösseren Abständen, meist in zweijährigem Turnus, erfolgt. Den häufigen Besichtigungen ist es zu danken, dass der Prozentsatz der in Ordnung befundenen Betriebe auf 86 gestiegen ist.

Interessant ist die Feststellung, dass mangelhafte Schutzvorrichtungen an neu gelieferten Maschinen beobachtet wurden. Von den Lieferanten wurde zwar bei per-

sönlicher Rücksprache Abstellung der vorgefundenen Mängel zugesichert, aber wie kommt es, dass überhaupt mangelhaft geschützte Maschinen geliefert wurden? Es gibt doch eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung, die auf Betreiben des Vereins der Maschinenfabriken ins Leben gerufen wurde. Sie wollte durch Einwirkung auf die Maschinenfabrikanten erreichen, dass nur genügend geschützte Maschinen in den Verkehr gebracht werden. Damit wurde die Schaffung des Maschinenschutzgesetzes hintertrieben. Wie diese, nicht vereinzelt stehende Feststellung der Aufsichtsbeamten beweist, werden aber nach wie vor ungenügend geschützte Maschinen in den Verkehr gebracht.

Verwendungszwang für deutsches Holz

Der Sonderausschuss für Hypothekendarlehen beim Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat beschlossen, die Gewährung von Hypothekendarlehen für Neubauten in Zukunft von der ausschliesslichen Verwendung deutschen Holzes abhängig zu machen. Die Bauherren müssen folgende Verpflichtungserklärung unterschreiben:

„Ich verpflichte mich hiermit, für den Bau meines Hauses einschliesslich der Ausstattung mit Fussboden, Fenstern und Türen nur deutsches Holz zu verwenden und dafür Sorge zu tragen, dass diese Verpflichtung auch von der Bauleitung und den ausführenden Stellen eingehalten wird. Ich erkenne an, dass bei einem Verstoss gegen diese Verpflichtung die fristlose Kündigung des mir gewährten Kredites ohne Rücksicht auf die sonstigen Bestimmungen des Vertrages erfolgen kann.“

Die Absicht, die mit diesem Vorgehen verfolgt wird, nämlich der deutschen Holzwirtschaft zu helfen, ist gut und wird auch von uns unterstützt. An dieser Stelle ist schon mehr als einmal gesagt worden, dass im Interesse der deutschen Holzwirtschaft deutsches Holz überall dort bevorzugt werden muss, wo es in der erforderlichen Güte und Menge und zu angemessenen Preisen zur Verfügung steht. Auf diese Pflicht sollten die Unternehmerverbände ihre Mitglieder ständig hinweisen, und da die deutschen Unternehmer bekanntlich streng nationale Leute sind, werden sie dieser Anweisung gemäss handeln. Wenn nicht, dann ist das sehr bedauerlich, aber für uns kein Grund, sie zu dieser wirklich nationalen Tat zu zwingen.

Ein solcher Zwang ist praktisch auch kaum durchführbar. Nach der oben wiedergegebenen Verpflichtungserklärung soll der Bauherr dafür Sorge tragen, dass die mit der Lieferung von Holzarbeiten betrauten Firmen auch tatsächlich deutsches Holz verwenden. Der Bauherr wird hier nichts weiter tun können, als dass er mit den Firmen eine ähnliche Verpflichtungserklärung abschliesst wie die zwischen ihm und der Hypothekendarlehensbank bestehende. Die Firmen werden diese Erklärung unterschreiben. Das Baugeschäft, das ein eigenes Sägewerk hat und das Rundholz direkt beim Waldbesitzer kauft, weiss auch, ob es deutsches oder ausländisches Holz verarbeitet. Das Baugeschäft, das seine Balken und Bretter im Sägewerk oder beim Platzholzhändler kauft, weiss dies aber nicht sicher, auch dann nicht, wenn ihm das Holz ausdrücklich als deutsches Holz verkauft worden ist. Dasselbe trifft auf den Tischlermeister zu, der Türen oder Fenster zu liefern hat. Übrigens weiss auch mancher Platzholzhändler selbst nicht, ob das oder welches von dem auf seinem Platze oder in seinem Schuppen lagernde Holz deutscher oder ausländischer Herkunft ist. In Zukunft wird er über jedes Brett genau Buch führen müssen, wenn er nicht Gefahr laufen will, vom Baugeschäft oder vom Tischlermeister auf Schadenersatz verklagt zu werden. An Prozessen wird es, wenn die Absicht der Hypothekendarlehensbanken verwirklicht werden sollte, bestimmt nicht fehlen.

Diese Überlegungen beweisen die Undurchführbarkeit des geplanten Verwendungszwanges für deutsches Holz.

G. Bendix Holzindustrie AG.

Die Firma G. Bendix Holzindustrie AG, in Königsberg i. Pr. wurde am 1. Januar 1931 aus der ehemaligen Firma George Bendix gebildet und übernahm zu gleicher Zeit den Betrieb der Ostpreussischen Holzwerkstätten AG, in Wickbold, welcher im Dezember 1929 einem grossen Brande zum Opfer fiel. Vermöge der Beziehungen, die G. Bendix aus früheren Geschäftsverbindungen, insbesondere in England, hatte, konnte die Firma umfangreiche Aufträge aus dem Auslande, vornehmlich aus England und Indien, hereinbekommen. In Betracht kamen u. a. grosse Lieferungen von Bilderleisten.

Immerhin lastete von Anfang an die deutsche Wirtschaftskrise schwer auf dem neuen Unternehmen. Mit der Ausdehnung der Weltwirtschaftskrise nahmen die Absatzschwierigkeiten im Inland drängten alle Betriebe nach dem Auslandsmarkt. Daraus ergab sich eine sehr starke Konkurrenz, die nach den Angaben der Firma zu Preisunterbietungen führte und keine Verdienste mehr zuließ. Bei den englischen Abnehmern zeigten sich sehr bald starke Zurückhaltungen in der Auftragserteilung, auch wurden bei der Abnahme der Waren Schwierigkeiten gemacht.

Die Erschütterung des englischen Pfundes hat die Schwierigkeiten bei der Firma vergrössert. Starke Verluste bei Abnehmerfirmen und auch der Neubau des Betriebes in Wickbold, der erheblich grössere Geldmittel erforderte, als zunächst einkalkuliert waren, brachten Finanzschwierigkeiten mit sich. Dennoch bestand die Hoffnung, über alle Widerwärtigkeiten hinwegzukommen. Es ist aber schlimmer gekommen; die Firma hat jetzt ihre Zahlungen einstellen müssen. Es wird ein Zwangsvergleich mit den Gläubigern angestrebt, um auf diese Weise das Unternehmen bald wieder flottzubekommen.

Das Unternehmen beschäftigte im Durchschnitt 200 Arbeiter und Angestellte. Von der gegenwärtigen Belegschaft von 223 Arbeitern und Angestellten sollen 150 zur Entlassung kommen.

Für die Verwaltungsstelle Königsberg ergeben sich hieraus wieder neue Belastungen, die um so schwerer sind, als dies nunmehr der letzte vorhandene Grossbetrieb ist. Im vorigen Jahre wurden das Leistenwerk Gebr. Meyrowitz und das Sperrholzwerk Potempa u. Co. infolge Konkurses stillgelegt. L. K.

Eine Tagung der Bürstenmachermeister

Der Reichsverband des deutschen Bürsten- und Pinselmacherhandwerks hielt seinen Verbandstag unlängst in Dresden ab. Aus dem veröffentlichten Tagungsbericht geht hervor, dass auf dem Verbandstag folgende Unterverbände durch Delegierte vertreten waren: Landesverband Sachsen, die Innungen in Berlin, Breslau, Dortmund, Gera, Hannover, Liegnitz, Magdeburg, Neuruppin und Weimar, der Meisterverein Hamburg und die Vereinigung Frankfurt am Main. Ob dem Reichsverband ausser den genannten Organisationen noch weitere angehören, ist uns nicht bekannt. Wenn ja, dann ändert das aber nichts an der Tatsache, dass der Reichsverband des Bürsten- und Pinselmacherhandwerkes ein sehr bescheidenes Organisationswesen ist. Im Jahrbuch der Berufsverbände 1929 ist angegeben, dass ihm 80 Meister angehören. Wieviel Arbeiter diese beschäftigen, wird schamhaft verschwiegen; wahrscheinlich kein ganzes halbes Hundert. Inzwischen ist die Bedeutung dieser sogenannten Spitzenorganisation des Bürsten- und Pinselmacherhandwerks noch mehr gesunken, was seine Führer aber nicht hindert, recht anspruchsvoll aufzutreten.

Dem Verbandstag in Dresden lag ein Antrag vor, aus dem Reichsverband des

deutschen Handwerks (Sitz Hannover) auszutreten. Die Unzufriedenheit der Bürsten- und Pinselmachermeister mit der Spitzenorganisation der Innungsverbände ist wohl darauf zurückzuführen, dass diese in ihrer vorjährigen Werbeschrift für das Handwerk das Bürsten- und Pinselmacherhandwerk überhaupt nicht erwähnt hat. Angeblich ist das auf ein Missverständnis zurückzuführen. Der Verbandstag beschloss schliesslich, „vorläufig noch nicht aus dem Reichsverband des deutschen Handwerks auszutreten“. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Beschwerden über die Konkurrenz der Regiebetriebe, Konsumvereine, Blindenanstalten, Gefängnisse und des Hausierhandels. In einer angenommenen Entschliessung wird gefordert, dass die Blindenanstalten ihre Erzeugnisse nicht verkaufen dürfen, sofern sie behördliche Zuschüsse erhalten. Von der Reichsbahn, der Reichspost, der Heeresverwaltung und von allen anderen Behörden wird verlangt, dass sie ihren Bedarf an Bürsten und Pinseln in erster Linie aus den Handwerksbetrieben decken.

Nur geeichte Massstäbe im Holzhandel

Das Eichamt in Schleswig-Holstein hatte einem Holzimporteur beim Inlandverkauf die Verwendung von Zollstöcken untersagt, die auf der einen Seite mit Metermass, auf der anderen mit Zollmass versehen sind; er müsse beim Holzverkauf geeichte Massstäbe verwenden. Diesen Standpunkt nahm auch das Eichungsamt Kiel ein. Der Verein deutscher Holz-Einfuhrhäuser hat sich nun an die letzte Instanz, die Physikalisch-Technische Reichsanstalt in Berlin, gewandt, aber ohne Erfolg. Die Reichsanstalt hat entschieden, „dass für den Weiterverkauf ausländischen Holzes an inländische Verbraucher nur geeichte Massstäbe, d. h. metrische, angewendet und bereit gehalten werden dürfen“.

Wenn in dieser Entscheidung nur von ausländischem Holz die Rede ist, so wohl deshalb, weil solches dem Streit zugrunde lag. Was in dieser Hinsicht für ausländisches Holz gilt, trifft auf deutsches Holz selbstverständlich auch zu. Die Rechtslage ist also die, dass im Holzhandel nur geeichte Metermassstäbe verwendet werden dürfen.

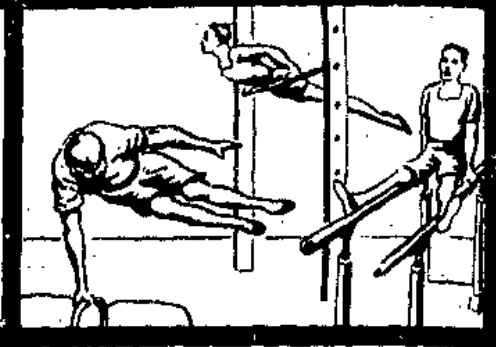
Norwegen gegen ausländische Möbel

Dem Kampfe der norwegischen Möbelfabrikanten gegen die Möbeleinfuhr (wir haben darüber in Nummer 23/1931 berichtet) haben sich nun auch die Holzarbeiter angeschlossen. Während die Unternehmer in erster Linie eine Erhöhung der Einfuhrzölle forderten, schlägt, wie die Tagespresse meldet, der norwegische Holzarbeiterverband die Einführung von Ursprungsbezeichnungen für Auslandsmöbel vor. Die aus Deutschland stammenden Möbel müssten dann zum Beispiel einen Stempel tragen, aus dem klar hervorgeht, dass es sich um ein deutsches Möbel handelt. (In England, wo für eine Reihe von Waren die Ursprungsbezeichnung vorgeschrieben ist, lautet diese für deutsche Waren „Made in Germany“, sprich: meld in dschörmeni, d. h. in Deutschland hergestellt.) Bei der Forderung auf Einführung von Ursprungsbezeichnungen geht man von dem Gedanken aus, dass die Leute, wenn sie wissen, dass es sich um ausländische Erzeugnisse handelt, diese nicht kaufen.

In Norwegen ist die Abneigung gegen Auslandsware anscheinend weit verbreitet, denn nach der erwähnten Pressemeldung sollen die Möbelfabrikanten mit dem Vorschlag des norwegischen Holzarbeiterverbandes einverstanden sein. Sie versprechen sich von der Einführung der Ursprungsbezeichnung die gleiche günstige Wirkung wie von einer Zollerhöhung.



Gesundheit und Körperpflege



Hygiene des Ohres

Von Dr. Hanns Schaefer

In unserem modernen, auf Hygiene so stark eingestellten Zeitalter erscheint es auffallend, wie oft auf dem Gebiete der Hygiene des Ohres gegen die allgemeinen Forderungen verstossen wird. Jucken und Kitzeln sind höchst lästige Empfindungen, die besonders dann unangenehm werden, wenn sie an schwer erreichbaren Körperstellen auftreten. Wie nahe liegt da die Versuchung, sobald das Ohr etwas juckt, mit dem Finger in den Gehörgang einzugehen, um sich Erleichterung zu verschaffen. Man überlegt dabei nicht, wie man leicht hierdurch, vor allem mit einem scharfen Fingernagel, Verletzungen der Gehörgangshaut herbeiführen und eine Wunde schaffen kann, in die Bakterien eindringen und eine Entzündung, ja eine Furunkulose des Gehörganges hervorrufen. Eine Gehörgangsentzündung kann unangenehm hartnäckig sein, den Betreffenden durch dauernde Rückfälle belästigen und das Allgemeinbefinden in hohem Grade beeinträchtigen.

Eine andere, besonders bei alten Leuten weitverbreitete Unsitte ist das Wattetragen im Ohr. Die Idee, die dieser Handlungsweise zugrunde liegt, basiert auf der Vorstellung, einer etwaigen Erkrankung des Ohres am sichersten dadurch vorbeugen zu können, dass man das Ohr gegen die äussere Luft abschliesst. Diese Ansicht ist irrig, wie folgende Überlegung lehrt. Das Trommelfell, eine feste häutige Membran, bildet die Grenze zwischen äusserem Ohr (Gehörgang) und Mittelohr (Paukenhöhle) und bietet daher, solange es unversehrt bleibt, dem Mittelohr einen ausreichenden Schutz gegen die Schädlichkeiten von aussen. Ein künstlicher Schutz ist überflüssig, im Gegenteil, die Wattepfropfe können auf die Gehörgangswandung einen Reiz ausüben und, besonders wenn sie längere Zeit liegenbleiben, eine Gehörgangsentzündung hervorrufen.

Noch dazu werden die Wattestücke manchmal so tief in den Gehörgang hineingeschoben, dass sie als Fremdkörper wirken und das Ohr verstopfen. Immer wieder muss betont werden, welche Gefahr darin liegt, bei allen Fremdkörpern im Ohr (Watte, Insekten: bei Kindern: Erbsen, Perlen, Knöpfe) selbständige Entfernungsversuche zu machen. Die Folgen solcher Extraktionsversuche können, wie die Erfahrung lehrt, abgesehen von den verursachten Schmerzen, unabsehbar sein. Verletzungen des Trommelfells, völliger Verlust des Gehörs, ja sogar Todesfälle sind hiernach beobachtet worden. Das ratsamste ist es, in einem solchen Fall sofort einen Arzt aufzusuchen, der die notwendigen Massnahmen ergreifen wird.

Es dürfte wenig bekannt sein, dass gerade das gesteigerte Reinlichkeitsbedürfnis des Menschen eine Erkrankung der Ohren veranlassen kann. Beim unzweckmässigen Säuberungsversuchen, wie zum Beispiel mit dem Handtuchzipfel, wird ein mechanischer Reiz auf die Gehörgangswand ausgeübt, der sich den dort befindlichen Drüsen mitteilt und diese zu erhöhter Produktion ihres Sekretes, des Ohrenschmalzes, anregt. Allmählich bilden sich Ansammlungen von Ohrenschmalz, sogenannte Ohrenschmalzpfropfe, die im Gehörgang liegenbleiben, möglicherweise durch ungeschicktes Hantieren tiefer in den Gehörgang hineingeschoben werden, austrocknen und verhärtet. Die durch die Ohrenschmalzpfropfe verursachte Schwerhörigkeit macht sich jedoch erst in dem Augenblick bemerkbar, wenn beim Waschen oder Baden Wasser in das Ohr hineingelangt und der eindringende Wassertropfen die letzte noch vorhandene Öffnung des Pfropfes, die für das Hörvermögen eben noch ausreicht, vollständig verschliesst.

Besteht es unbedingt davon abzuraten, eine entsprechende Säuberung der Ohren mit dem Handtuchzipfel vorzunehmen: es genügt, die Ohrmuschel und den äusseren zugänglichen Teil des Ohres mit einem feuchten Seifenschwamm oder -lap-

pen zu waschen, wobei darauf zu achten ist, dass kein Wasser in die Tiefe des Gehörganges gelangt. Eine Reinigung der inneren Partien ist überflüssig und schädlich!

Die von dem Laien weitaus am meisten gefürchtete Ohrenaffektion ist die Mittelohrentzündung, die gewöhnlich im Anschluss an eine Erkältungskrankheit (Schleimhautreizung, Mandelentzündung) aufzutreten pflegt. Die Hauptsymptome der Erkrankung dokumentieren sich in Schmerzen, Fieber, vermindertem Hörvermögen und bei der eitrigen Form auch in Ohrenlaufen. Um allen Verschlimmerungen zu begegnen, die sich aus einer Mittelohrentzündung entwickeln können, ist es wichtig, schon den allerersten Anzeichen der Entzündung die grösste Beachtung zu schenken, da es nur so noch gelingen kann, die Erkrankung in ihrem Anfangsstadium aufzuhalten. Bei längerer Dauer und besonders dann, wenn man sie unbeachtet lässt, besteht die Gefahr, dass die Entzündung und eine nachfolgende Eiterung auf den benachbarten Knochen übergriffen und sich eine sogenannte Warzenfortsatzentzündung entwickelt. In bösartigen Fällen kann es zu einer Beteiligung der Hirnhäute sowie zu einer Allgemeininfektion kommen.

Ein nicht zu seltenes Vorkommnis ist das Übergehen einer vernachlässigten akuten Mittelohrentzündung in das chronische Stadium. Man muss bedenken, dass bei vielen Menschen eine chronische Mittelohreiterung besteht, ohne dass sie sich infolge der geringen Beschwerden dessen bewusst sind. Erst eine zufällig vorgenommene Ohrenuntersuchung gibt Aufschluss über den wahren Sachverhalt, wobei es sich vielfach zeigt, dass der Beginn der Erkrankung bis in die Kindheit zurückreicht.

Und doch kann die chronische Mittelohrentzündung recht ernste Folgen nach sich ziehen. Eine allmählich stärker werdende Beeinträchtigung des Gehörs bis zur völligen Taubheit stellt eine, wenigstens für das Leben, noch verhältnismässig harmlose Folge dar. Viel gefährlicher sind die manchmal ganz plötzlich auftretenden Komplikationen von seiten des Gehirns und des inneren Ohres, die einen blutvergiftenden Charakter annehmen können.

Aus diesem Grunde sollte man zunächst dafür sorgen, zur Verhütung einer Mittelohrentzündung allgemein die Erkältungsbeschaffenheit des Körpers durch geeignete Abhärtung herabzumindern. Ferner muss darauf gesehen werden, dass jede Mittelohrentzündung schon im Anfang erkannt und behandelt wird und dass auch das geringste Ohrenlaufen nicht unbeachtet bleibt. Bereits den Ohren des Säuglings und des Kindes ist die grösste Aufmerksamkeit zuzuwenden, da die Ohreiterungen der Kinder der erfolgreichen Behandlung noch leichter zugänglich sind. Ist eine Mittelohrentzündung chronisch geworden, so ist eine regelmässige fachärztliche Kontrolle unbedingt erforderlich, um sich vor gefährlichen Zufälligkeiten zu schützen.

Das Wesen der Hygiene des Ohres liegt in dem vorbeugenden Wirken; in diesem Sinne zu handeln, sollte das Bestreben eines jeden sein!

Herbstkältungen sind Warnungssignale

Die kalte herbstlich-nasse Witterung hat wieder recht frühzeitig alle Leiden und Beschwerden gebracht, die unter dem Sammelnamen „Herbstkrankheiten“ die Menschen quälen und beunruhigen. Man steht heute diesen teils leichten, teils schweren Erkrankungen mit grösster Aufmerksamkeit gegenüber, da man festgestellt hat, dass sie häufig nur Symptome von schweren, zum Teil durchaus nicht harmlosen verborgenen Leiden sind. Diese Krankheiten äussern sich, durch Erkältungsreize angeregt, an irgendeinem Organ des Körpers und dürfen darum, wie man jetzt weiss, durchaus nicht gleichgültig behandelt werden, bevor der Arzt nicht festgestellt hat, ob es sich nur

um lokale Erscheinungen harmloser Art oder um tiefer liegende Ursachen handelt.

Eine der häufigsten Herbstkrankheiten, die meist die alten Leute, aber auch sehr viele junge Menschen befällt, ist das sogenannte „Reissen“, wie der Rheumatismus volkstümlich genannt wird. Dieses anscheinend ganz einfache Reissen ist eine sehr komplizierte Krankheitserscheinung, deren Ursachen durchaus noch nicht feststehen. Vielfach hat man erkannt, dass kranke und vereiterte Mandeln durch Fernwirkung das Reissen verursachen, denn aus den Mandeln werden Streptokokken ausgeschieden, die entzündliche Prozesse meist an den Gelenken hervorrufen. In diesen Fällen ist das „Reissen“ ein Signal zur Warnung. Da kranke Mandeln auch andere schwere Leiden hervorrufen, wie Nierenentzündungen, Blinddarmentzündungen, Herzkrankheiten usw., so tut man gut daran, sich ärztlich untersuchen zu lassen. Wenn das Reissen von den kranken Mandeln herkommt, dann ist es meist verschwunden, sowie die Mandeln beseitigt worden sind. Man heilt damit nicht nur die Beschwerden und Schmerzen an den kranken Gelenken, sondern verhütet auch den Einbruch gefährlicher und unter Umständen tödlicher Erkrankungen. Wenn das Reissen aber nur eine Erkältungserscheinung ist, dann behandelt man es mit viel Hitze, um die Entzündungen auf diese Weise zu beseitigen.

Ebenso wie mit dem „Reissen“ verhält es sich mit der sogenannten Bronchitis, die gleichfalls als Massenerkrankung bei schlechtem Wetter auftritt. Häufig ist die Bronchitis tatsächlich nur eine lokale Erkrankung, aber wenn sie chronisch ist, dann ist sie nicht nur sehr gefährlich und schädigt die Luftröhren und Lungengefässe, sondern sie ist auch oft genug wiederum nur ein Symptom für eine viel schwerere Erkrankung. Ein Herztöler, eine Lungenverengung oder eine Nierenentzündung kann die Ursache einer Bronchitis sein, und der Katharr ist oft nur die Begleiterscheinung einer anderen Erkrankung oder der Ausdruck eines konstitutionellen Moments.

Mit der Bronchitis eng zusammenhängen leichte Halsschmerzen und Husten, die auch die Begleiterscheinungen der Bronchitis sind. In vielen Fällen aber ist besonders der Halsschmerz von grosser Bedeutung für den Gesundheitszustand, besonders wenn er von geschwollenen Mandeln herrührt. Während häufig vereiterte Mandeln sich durch keinerlei lokale Schmerzen bemerkbar machen und sich nur, wie oben bemerkt, durch Fernwirkung an Knochen, Nieren, Herz usw. äussern, liegt hier der günstige Fall vor, dass die Beschwerden den Patienten schon auf einen anormalen Zustand der Mandeln hinweisen. Er wird, wie es im allgemeinen üblich ist, am Tage gurgeln und in der Nacht einen Priessnitz-Umschlag machen und dadurch in kürzerer oder längerer Zeit Erleichterung der Beschwerden erhalten. Trotzdem ist dieses Verfahren falsch. Auch wenn die Beschwerden vollkommen durch die Behandlung verschwinden, ist es falsch, denn der Erfolg zeigt durchaus nicht, dass die Massnahmen richtig waren. Man muss in diesen Fällen den Arzt fragen, ob die Mandeln behandelt werden müssen, da auch diese Halsschmerzen Signale sind, die vor grösseren und schwereren Erkrankungen warnen.

Wenn die Schmerzen durch die genannte Behandlung verschwinden, dann heisst das nur, dass man den Entzündungsprozess, der durch die Vereiterung hervorgerufen wird, mit wirksamen Mitteln beseitigt hat. Die den Körper vergiftende Ursache dieses Entzündungsprozesses ist aber noch vorhanden und wirkt schädlich weiter. Man hat also gewissermassen nur den Warnruf zum Schweigen gebracht, aber nicht die Krankheit. Man hat also das Törichteste getan, was man tun konnte, anstatt froh zu sein, dass die kranken Organe sich selbst gemeldet haben, um geheilt oder ausgeschieden zu werden.

Krankhafte Ermüdung

Die Leistungsfähigkeit des Menschen stellt im umgekehrten Verhältnis zu seiner Fähigkeit, müde zu werden. Menschen im Vollbesitz geistiger und körperlicher Gesundheit kennen das Gefühl der Ermüdung eigentlich überhaupt nicht und werden erst am Ende eines arbeitsreichen und nicht zu kurzen Tages müde, um im Schlaf neue Kräfte für den nächsten zu sammeln. Anders verhält es sich bei vielen modernen Menschen, die über leichte Ermüdbarkeit schon während des Tages klagen und, vorzeitig ermüdet, ihre Arbeit einstellen müssen. Derartige Erscheinungen werden dann als Nervosität oder als Blutarmut bezeichnet, während sie in Wirklichkeit meist nur die Anzeichen einer verkehrten Lebens- und Ernährungsweise sind und mit Leichtigkeit vermieden werden könnten.

Aber auch Leute, die sich in dieser Hinsicht nichts vorzuwerfen haben, leiden häufig schon am Morgen an einer Müdigkeit, die sie zu jeder intensiven Arbeit unfähig macht. Sie stehen eigentlich schon müde auf. Ihre Müdigkeit macht sie verdrossen, noch bevor das Tagewerk begonnen hat. Bei manchen bessert sich der Zustand im Laufe des Vor- oder Nachmittags, so dass sie häufig sogar am Abend ganz frisch und leistungsfähig erscheinen. Besonders dann wird dieser Müdigkeitszustand besser werden, wenn sie, wie man das leicht feststellen kann, Reizmittel zu sich nehmen. Kaffee, Tee, Schokolade, Nikotin, Alkohol sind die gebräuchlichsten und bekanntesten Stimulantien, zu denen aber auch Fleischbrühe, kräftige Fleischgerichte und manche Gewürze gehören. Gerade diese zuletzt genannten Reizmittel sind als solche unbekannt, sie gelten nicht dafür und werden deshalb harmlos genossen. Ihre Wirkung im Körper ist aber eine ganz ähnliche wie die Wirkung der erstgenannten Reizstoffe und Genussmittel. Sie erregen zuerst die Nerven und hinterlassen nach Abklingen der Erregung ein Müdigkeitsgefühl. Es handelt sich dabei um Eiweissprodukte, die nicht ganz im Körper abgebaut werden und die im Blute als Gifte wirken.

Wenn man die nervösen Beschwerden, die sich bei leichter Ermüdbarkeit einstellen und die sich in Kopfwahl, Migräne, Magenstörungen usw. äussern, näher prüft, so ähneln sie den durch Abbauprodukte des Fleisches hervorgerufenen Zuständen wie ein Ei dem anderen. Es besteht auch schon längst kein Zweifel mehr, dass derartige Menschen mit leichter Ermüdbarkeit beim Fehlen sonstiger Krankheitssymptome nur unter den Einwirkungen einer zu reichen Fleischkost leiden. Die Empfindlichkeit gegen reichliche Fleischkost ist eben ganz individuell, und was der eine Organismus noch mit Leichtigkeit verarbeiten kann, bereitet dem anderen schon schwere Unannehmlichkeiten. Solche Menschen können nichts Besseres tun, als ihre Ernährung etwas zu reformieren. Gänzlich verkehrt ist es, wenn sich solche empfindlichen Menschen künstlich mit Hilfe der eigentlichen Reizmittel: Kaffee, Alkohol und Nikotin, in einen Zustand der Frische und Leistungsfähigkeit steigern wollen. Sie machen das Übel damit nur grösser, denn auf die Dauer müssen auch diese aufpeitschenden Genussmittel versagen. Hier hilft nur eines: Abkehr von der gewöhnlichen Ernährungsweise, Bevorzugung von Gemüse und Obst bei der Nahrung, vor allem auch Ordnung in der zeitlichen Aufeinanderfolge der Mahlzeiten. Dann muss aber auch vermieden werden, dass noch am späten Abend grössere Mahlzeiten eingenommen werden. Dann wird der Schlaf erquickend sein; ein Ermüdungsgefühl am darauffolgenden Morgen wird ausbleiben, und kein künstliches Reizmittel, wie starker Kaffee, braucht den Schlaf aus den Augen zu treiben und die qualenden Symptome der Nervosität zu unterdrücken. Unternehmungslust, Arbeitstrieb und Leistungsfähigkeit stellen sich dann von selbst wieder ein.



Unterhaltung und Wissen



Der Trick mit dem Marienkäfer

Von Andreas Nagy

(Fortsetzung aus Nr. 40)

Ich schloss unwillkürlich die Augen, um nicht zu sehen, was nun folgen würde. Die Dame kreischte, und der junge Mann griff in die hintere Hosentasche nach dem Revolver. Ein Mord schien mir unvermeidlich.

Es wurde auch einer, aber nicht so, wie ich glaubte. Ehe noch der junge Mann losdrücken konnte oder auch nur zu zielen umstande war, fiel der Redakteur steif zu Boden wie ein Holzklötzchen und rührte sich nicht mehr. Der junge Mann beugte sich zu ihm nieder, versuchte seine Gliedmassen zu bewegen, aber es war nicht ein Funken Leben mehr in ihm. Den hatte der Schlag getroffen.



Der wundervollen Frau klapperten die Zähne, ihr Gesicht wurde gelb unter der Schminke, sie war eher hässlich in diesem Augenblick als schön. Der junge Mann kratzte sich den Kopf, klopfte mit seiner Reizgerte gegen seine Stiefel, dann sagte er etwas zur Dame, band die Pferde los und ritt mit seiner Begleiterin davon. Vermutlich hatten sie Grund zur Eile, um nicht mit der Polizei in nähere Konflikte zu geraten.

Jetzt ging auch ich zu ihm hin. Mit glanzlosen Augen starrte er in die Sonne, sein Profil stach scharf hervor, seine Kinnladen waren herabgesunken — er war eine regelrechte Leiche. Ich warf mich über den steifen Körper und schluchzte aus vollem Herzen. Umsonst. Mir war er ein guter Freund gewesen, und diese seine letzte freche Tollkühnheit, die sein jähes Ende verursacht hatte, brachte ihn mir noch näher.

Als ich mich gut ausgeweint hatte, fiel mir ein, dass man die Polizei benachrichtigen müsste, aber nach kurzer Überlegung gab ich meine Absicht auf. Es war ja sicher, dass ich in keinerlei Verdacht geraten konnte bei so eindeutiger Situation. Aber wenn ich auch nur als Zeuge vernommen werden sollte, ein amtliches Verfahren war doch ein amtliches Verfahren, man musste sich ausweisen, Papiere wurden verlangt, man wurde gefragt, wieso und weshalb man in Paris sei, welchen Beruf man ausübte, wovon man lebte, und das waren lanter Fragen, auf die ich im Augenblick nicht mit der nötigen Unbefangenheit hätte antworten können.

Ich überlegte mir also die Sache. Die Leiche zog ich vom Wege fort in den Schatten einer Akazie, heulte noch eine Strophe herunter, nahm rührend Abschied und machte mich dann aus dem Staube. Hier würde man ihn ohnedies finden und von Amts wegen bestatten, ihm konnte das jetzt gleich sein. Dem Armen. Hätte er alles gewusst, er würde es mir bestimmt nicht verübeln haben, dass ich mich nicht weiter in diese Angelegenheit verstrickte.

Sein Tod hatte die unangenehme Folge, dass ich nicht mehr in die „Feria“ gehen konnte und dass es nunmehr mit Hummern und Wein Essig war. Nach zwei Tagen schlich ich bereits durch die Strassen wie ein welkes Blatt. Noch dazu trieb mich der Teufel, der in aller Menschen Herz wohnt, auf die Rue Royal vor die goldbeschlagene Tür von „La rue“. „La rue“ war das eleganteste Restaurant von Paris. Nacheinander fuhren hier elegante Wagen vor, lächelnde

Pärchen stiegen aus. Sie hatten leicht lachen: sie gingen zum Essen.

Mit hervorquellenden Augen starrte ich hinein und sah, Höllequalen erdulnd, wie weissgekleidete Kellner zwischen elfenbeinfarbenen Wänden kleine vernickelte Wägelchen vor sich herschoben, auf denen Schüsseln mit gebratenen Kapaunen und

Der Hobel singt . . .

**Rühr dich, Gesell, keine Muskel gespart,
Das Holz ist zäh, das Holz ist hart.
Die Mühe ist gross, der Lohn wohl klein,
Sorge hüllt immer dein Schaffen ein.**

**Es rauschen die Späne um deinen Fuss,
Sind wohl wie ferner Wälder Gruss.
Es rauschen die Wälder in Sonne und Licht —
Uns nur ward harte und staubige Pflicht**

**Und nur die Plage, die Not und der Schweiß,
Ewiger Jahre unendlicher Fleiss!
Berge brennen im Sonnenbrand,
Sonne goldet im leuchtenden Land.**

**Über die Felder hin wandert der Föhn,
Brüder, Kollegen, die Welt ist schön!
Stürme blitzen im wilden Lauf,
Knospen brechen im Weltlicht auf.**

**Rühr dich, Gesell, keine Muskel gespart,
Ob dich auch Sehnsucht und Sonne narrt.
Merk dir die Weisheit der Wirtschaft wohl:
Tempo ist singendes Gottidol!**

**Deines Daseins gemessene Frist
Ewig nur Plage und Mühsal ist.
Und dies ist der allgewaltige Fluch:
Keinem mehr schaffst du genug, genug!**

**Rühr dich, Gesell, keine Muskel gespart,
Das Leben ist wild und die Bretter sind hart.
Viel hat die Erde an Seligkeit —
Aber wir haben zur Freude nicht Zeit.**

**Sieh, wenn die Fron sich zu Ende geneigt
Und wenn die hastende Werkstatt schweigt,
Wollen wir schaffen noch redlich ein Stück
Für die Brüder, der Menschheit Glück!**

**Wollen uns schaffen das Leben frei —
Die vom Hobel sind immer dabei.
Gehen gerne im Takt und im Tritt
In dem Heere der Freiheit mit!**

August Deppe

Lachsmayomaisen aufgebaut waren. Es wäre weiter kein Wunder gewesen, wenn ich bei dem Anblick in diesem Zustand den Verstand verloren hätte. Im nächsten Augenblick glaubte ich wirklich, verrückt geworden zu sein. Stellt euch vor, während meine gierigen Blicke die Fahrt des Kapauns verfolgten, sah ich den Redakteur



vor einem der Tische sitzen. In blühender Gesundheit sass er dort mit einer weissen Serviette im Kragen und legte gerade ein grosses Stück Kapaun auf seinen Teller. Wahrhaftig, er sah weder wie ein Toter noch wie ein Geist aus. Natürlich hätte ich meinen flimmernden Augen allein nicht getraut, aber auch er bemerkte mich und winkte mir freundlich zu, hereinzukommen. Ich stürzte mit solcher Freude hinein, dass ich in einem grossen Kristallspiegel fast mit mir selbst zusammenstuss. Der Redakteur empfing mich freundlich, aber ungewogen, ohne die geringste Verlegen-

heit. Mit keinem Wort versuchte er mir seine wunderbare Auferstehung zu erklären. Er bat mich Platz zu nehmen und sagte höflich:

„Ich hoffe, du hast noch nicht diniert?“
„Weder heute noch gestern. Seit du gestorben bist, trauere ich noch in einemfort.“
„Nun, dann bist du hier am rechten Platz! Ich muss bezeugen, dass die Küche hier ganz erträglich ist, es ist übrigens am besten, wenn du dich davon selbst überzeugst.“

Er war wirklich ein nobler Gastgeber. Mit freundlichem Grossmut sprach er mir zu, mich so recht hineinzuknien. Freilich hatte ich keine übertriebenen Hemmungen. Ich ass ein fürstliches Menü herunter, angefangen von den Artischockenböden bis zum Calvilleapfel, und nach dem Mokka bot er mir eine Havanna an. Glücklicherweise lehnte ich mich zurück und sagte freundlich zwinkernd:

„Na, du musst ja ordentlich mit Geld bepackt sein!“

Der Redakteur erwiderte unvermindert freundlich:

„Nicht einen roten Heller habe ich in der Tasche!“

Der blumige Duft der Havanna blieb mir fast in der Kehle stecken, aber ich ermunterte mich noch matt, er scherzte vermutlich nur.

„Nana, Freundchen, ohne einen Sou kann man nicht so diniern!“

„Wie blöde du bist! Ich lebe ja nur darum so gut, weil ich kein Geld habe. Wenn man nichts hat, ist es gleich, ob es sich um einen oder um hundert Franken handelt. Und wenn es schon mit der Rechnung Konflikte gibt, dann sind hier die Kellner immer noch angenehmer als in einer schmutzigen, kleinen Vorstadttaverne.“

Gegen diese Logik war ja nichts einzuwenden, aber das grossartige Menü drückte mich jetzt so im Magen, als hätte ich Kieselsteine diniert. Ich bin selbst ein Abenteuer liebender Mensch und schätze sensationelle Begebenheiten, aber die Sensation, von einem Hausknecht auf die Strasse befördert zu werden, mochte ich nie besonders. Den Redakteur rührte meine mitteleiderregende Miene, und er sagte zum Trost:

„Kümmere du dich um nichts, du gehst jetzt schön fort, das übrige werde ich erledigen.“

Das war ein Wort nach meinem Herzen. Ich konnte meine Freude kaum verbergen und fragte ihn teilnahmvoll:

„Und was soll mit dir geschehen, alter Kumpan?“

Mit grosser Freundlichkeit erwiderte er: „Um mich brauchst du keine Angst zu haben. Wenn es zum Zahlen kommt, sterbe ich sowieso.“

Ich schnitt eine so idiotische Fratze, dass er fröhlich aufachte . . .

„Nun ja . . ., du erlebtest es doch gestern im Bois! Ich sterbe und dann kann mir nichts mehr passieren. Begreifst du denn nicht?“
(Schluss folgt.)

Allerlei Humor

Protest. „Angeklagter, ist das wahr, dass Sie mit dem Fräulein Therese Schachian wie ein Ehepaar zusammenleben?“ — „Nee, Herr Richter, det stimmt nich: wir leben beide völle besser zusammen!“

Prolet und Agrarier. Ein bekannter Landbundführer besucht Professor N. auf seinem Versuchsgut. Sie wollen auf die Felder reiten. Der Stallknecht bekommt Befehl: „Sattle Prolet und den Agrarier!“ — „Was für seltsame Namen, Herr Professor.“ — „Gewiss, aber der eine ist nicht fett und nicht tot zu kriegen, Prolet bleibt immer brandnager, der Kutscher nennt ihn darum so.“ — „Und der Agrarier?“ — „Seit ich als Professor dies Versuchsgut leite, reite ich ihn, aber er ist immer das alte Lied: er frisst gut, er säuft gut, und wenn er was tun soll, stöhnt er, lieber Graf.“
Aus dem „Wahren Jakob“.

Joseph, der Tischler

Von Willibald Kater

Joseph kommt 1926 aus dem Bayerischen nach Mitteldeutschland. In Z. findet er Arbeit in einer grossen Möbelfabrik. Verdient die Woche 50 Mk. und darüber und ist zufrieden.

Auf dem Schützenplatz ist — 1927 — der alljährlich stattfindende Rummel. Ein Berg- und Tal-Karussell, eins mit Pferden, eins mit hängenden Flugzeugen, eine russische Schaukel, drei verschiedene Schauzelle, ein „Haut ihn, den Lukas“ und vier Eiswagen. Es ist viel Lärm um diese mageren Herrlichkeiten. Eine kreischende Musik dazu und blinzelnde, bunte Lichter in den drei Festnächten ohne Ende. Joseph sitzt breitbeinig und schwitzend vor begeisterter Teilnahme auf dem II. Platz im Zelt der „Rumma-Marrutta, dem stärksten Weib auf den weltlichen Kontinentalitäten“. Seine Knie stossen fortwährend an die sanft lockenden Beine eines kleinen schwarzen Fräuleins, das neben ihm sitzt. Joseph sagt zu der Lachendein: „Dös is fei schö —!“ Er meint die Rumma-Marrutta, die kleine Schwarze meint sich. Dieser Irrtum erleichtert ihm alles, er braucht keine langen Geschichten zu machen. Er fasst sie unter, und sie gehen gemeinsam aus dem Zelt heraus. Draussen kauft er, den stolzen Hahn markierend, zwei Waffeltüten Eis à 10 Pf. Dann haut er vor ihren staunenden, respektvoll weit geöffneten Augen kräftig — eins, zwei, drei! — auf den Lukas, dass der fast in den Himmel fliegt mitsamt dem wackligen Gestell. Und dann verlassen sie den Rummelplatz mit seiner immer leiser, leiser werdenden Musik. Irgendwo ist ein Feld. Und Kartoffelkraut. Und eine Wiese. Und Heu. Und das Mädel — sie heisst Liesl — sagt immer müder: „Nein — n — ein —“. Und Joseph sagt sehr wenig, höchstens: „Dös macht ja nix. — I tua dir nix —“. Und ein halbes Jahr später sind Joseph und die Liese verheiratet, wenige Monate darauf sogar Eltern.

Er ist immer noch in der Möbelfabrik beschäftigt und freut sich, wenn er jeden Freitag seiner Frau das ganze Geld auf den Tisch legen kann. „Schaug her, Frau“, sagt er jedesmal, „was moanst dein? Werst fürkumma?“ Und Liese verkommt ganz damit. Und der Kleine wird ein „Kreuzteufelbua“, mit runden vollen Backen. Immer hat er etwas im Mund. Immer kaut er trockene Brotrinden, alte Semmeln und Obst.

Doch was ist das? Anfang 1931 sind Joseph und seine Familie nicht wiederzuerkennen. Seit fast zwei Jahren ist er arbeitslos. Er ist längst ausgesteuert. Mit seinen 30 Jahren hat er schon graue Haarbüschel. Seine Frau kränkelt seit Monaten. Der Arzt meint bedauernd, sie hat einen Herzknecks. Sie müsste mal fort — aber er kann sie noch nicht wegschicken. Es müssen erst noch Kränkere fortkommen. Einmal sitzen sie am Tisch und essen, wie alle Tage, Kartoffeln mit Margarine. Da fällt Liese um. Es geht bei ihr japp — japp; sie kriegt keine Luft. Joseph reisst ihr erschrocken das Kleid auf — „mei Gott! mei Gott!“ — und bringt sie ins Bett. Seit dem Tage geht es mit ihr bergab. Der Arzt sagt, sie soll viel Obst essen und guten Wein zu sich nehmen. Woher aber, wenn kein Geld im Hause ist, sagt er nicht.

Jeden Morgen früh um fünf erwacht der Junge, und das erste ist: er will essen. Nicht immer kann ihm Joseph was geben. Zwei, drei Tage vor der Wohlfahrtsunterstützung ist oft nicht einmal genug trocken Brot in der Wohnung. Der Junge liegt im Bett und lallt mit schwerer, hungrieriger Zunge: „Papp — papp — papp.“ Wenn Joseph diese Hungerrufe hört, wird sein Gesicht weiss wie eine Kalkwand. Seine Finger krallen sich im Fleisch fest, dass Blutropfen kommen. Joseph fällt schon ganz in sich zusammen. Er kann den Jungen nicht hungern sehen. Aber was soll er machen?

Auf dem Wohlfahrtsamt wollen sie ihm keine Schuhe für den kleinen geben. Auch

keinen Mantel für die Frau. Als sie wieder einmal im Bett liegt und Wein braucht und Weintrauben und gute Buttersemmeln — geht Joseph zu den Kaufleuten. Aber die wollen ihm nichts mehr pumpen. Joseph hat weder Kraft noch Mut, etwas zu stehlen. Heute würde er nicht einmal mehr den Lukas in die Höhe schlagen können, so schwach und weich sind seine Arme geworden. Er geht mit leeren Händen nach Hause. Die Frau schläft unruhig. Sie wirft sich hin und her. Der Junge hockt noch immer — es ist bereits neun Uhr abends — zwischen zwei Stühlen und kaut an einem alten Holzlöffel. Er kann noch immer nicht richtig sprechen, nur: „Papp — papp — papp.“ Da steht Joseph auf und schreibt, bevor er in die Kammer geht, auf einen grossen Zettel: „Ihr Lumpen habt uns drei auf eurem Gewissen!“

Am übernächsten Morgen muss die gasgefüllte Wohnung gelüftet werden. Die drei Leichen werden in der Universität sauber und liebevoll seziert.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Einheit der Aktion und Parteidisziplin. Von Bernhard Dillweiß. Schriftenfolge „Sozialistische Zeitfragen“. E. Laubsche Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Preis 40 Pf. — Der Verfasser tritt für die Erhaltung der Parteidisziplin ein. Jedes Mitglied sei verpflichtet, die Beschlüsse des Parteitagess zu respektieren, wenn sie ihm auch nicht passen. Über die Person stehe das proletarische Gesamtinteresse.

Werk im Werden. Von Heinrich Sierakowsky. Verlag: Grosseinkauf-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg. — Das Buch will uns einen Eindruck von der Organisation und der Bedeutung unseres genossenschaftlichen Zentralunternehmens geben. Der Verfasser nimmt uns an die Hand und führt uns plaudernd durch die vielen und mustergültig eingerichteten Werke der GEG. Wir lernen das Werden der einzelnen Betriebe und das der hier erzeugten Waren kennen. Der Weg führt selbstverständlich auch in die holzgewerblichen Betriebe der GEG. Wir wandern durch die Kistenfabrik in Gröbä, die Bürstenfabrik in Schönheide-Stützengrün und durch den Holzindustriebetrieb in Dortmund.

Lest das Fachblatt für Holzarbeiter! Jeden Monat erscheint ein Heft. Ein Vierteljahrsabonnement (drei Hefte) kostet für Mitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstelle nur 2 Mark.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Lothar Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH. Berlin S 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk. — „Die Arbeit“ bringt in den monatlich in einem Umfang von 64 Seiten erscheinenden Heften eine Reihe von Aufsätzen, in denen Fragen erörtert werden, die für die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind und die das Verständnis der Vorgänge im Wirtschaftsleben fördern. Den vorwärtstrebenden Gewerkschaftlern ist das Abonnement der „Arbeit“ angelegentlich zu empfehlen.

Im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. in Berlin erscheinen folgende Zeitschriften, deren Bezug unseren Lesern empfohlen werden kann: **Die Gesellschaft.** Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding. Erscheint monatlich. Preis jährlich 12 Mk. Vierteljahrsabonnement 4,50 Mk. — **Die Frauenwelt.** Illustrierte Zeitschrift für die schaffende Frau. Erscheint vierzehntäglich. Preis des Heftes 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. — **Die Gemelnde.** Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Bezugspreis monatlich 90 Pf. — **Der wahre Jakob.** Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierzehntäglich. Preis pro Nummer 30 Pf. — **Illustrierte Republikanische Zeitung.** Erscheint wöchentlich. Preis der Nummer 20 Pf.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

GEG Kautabak
aus Deinem Konsumverein
Nichts ist würziger!

Einfache Möbel

Küchen-, Schlafzimmer- und Vorplatzmöbel. 20 Tafeln, davon 18 Tafeln Vierfarbendruck in perspektiv. Darstellung, ferner 18 Tafeln Detailzeichnungen •

In Mappe **Mk. 10,-**

Vorzugspreis für Verbandsmitglieder Mk. 7,50

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Zum 100. Geburtstag von Wilhelm Raabe
Der Hungerpastor
Das Hauptwerk des Dichters, 525 Seit.
Die Chronik der Sperlingsgasse
Illustrierte Jubiläumsausgabe. Mit 6 Vollbildern in vierfarb. Offsetdruck. In Ganzleinen gebunden **2,85 Mk.**
zum Preise von je

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Schöne Intarsien für Möbel, Schatullen
Maxim. Weib Leipzig, Kooltr. 28.

FRANZ DENNER: Die arbeitsparende Wohnung

Zweckmässige Formen für Wohnung und Hausrat. Architektur u. Technik mit Geleitort v. Marie Juchacz, M. d. R. Preis für das mit vielen Abbild. ausgestattete Werk 4 RM.
Für Mitglieder kostet das Werk durch die Verwaltungsstelle bezogen **3 RM.**

Zu beziehen durch: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Geschenke billig
Weihnachtskatalog gratis
Sigid Gesellschaft Kassel 15

Hobelbänke 65 RM
2 m lg., kompl., Stahlsp., Ia Qualität, Blatt beste ged. Roth. Preisl. gratis, Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne 66

Intarsien aller Art
Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken. E. Boller, Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Original-süddeutsche Hobelbänke 68 Mark,
2 m hintere Blattlänge, Stahlspindeln.

Werkzeug-Neuheiten.
Preisliste gratis und franko Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

Sprechmaschinen, Doppel-schneckenwerk, Samteller, Funarn, Aluminium-Schalldose
Ermesse, zus. 12,80 RM und höher.

C. M. Goske, HAMBURG,
Schroederstr. 2b

Gummiwaren „Medicus“
Hygienisch, Artikel Preisliste 0 gratis
Berlin SW 68, Alte Jakobstrasse 8.

Tischlerfachschnule Blankenburg (Harz)
Staatskommissar Prof. Dr.-Ing. Klopfer, Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenarchitekten, Meisterkurse, Maschinenpraktikum für Serienfertiger. Priv. Leitung: Dir. Ludw. Reineking.

Leim- u. Furnieröfen
v. 44. — Mk. an franko. Preisl. kostenl. Gebr. Bettinger, Freiburg i. B.

Billigböhm. Bettfedern
nur reine, gefüllend. Sorten. — Ein Kilo: graue geschlossene 2,50 Mk. halbweisse 3 Mk., weisse 4 Mk. bessere 5 Mk., 6 Mk., dannerweiche 7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk. u. 12 Mk., weisse ungeschloss. Ruppfedern 6,50 Mk. n. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franko zollfrei gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Besucht Sachsel, Lo bes Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen).

Was

kostet den Verbandsmitgliedern der Bezug des Fachblatts für Holzarbeiter

Wiederholt unrichtig lautende Bestellungen auf das „Fachblatt für Holzarbeiter“ veranlassen uns, darauf hinzuweisen, dass nicht das Einzelheft 2 Mark kostet, sondern der Preis beträgt

für ein Vierteljahr, also für drei Hefte à 24 Seiten, 2 Mark

Wie bestellen die Verbandsmitglieder das Fachblatt für Holzarbeiter? Bestellungen nehmen entgegen sämtl. Beitragssammler, Vertrauensmänner u. Ortsverwaltungen unseres Verbandes.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. / Berlin SO 16 / Am Köllnischen Park 2

Bleistifte und Maßstäbe

Bleistift Nr. 275, rund, rot poliert	Duzd.	Gros	5,- Mk.
Bleistift Nr. 284, ablauf. rund, Härte 2 und 3	0,55	1,- Mk.	
Bleistift Nr. 499, rot poliert, sechs. Härte 2, 3 u. 4	0,65	1,- Mk.	
Bleistift Nr. 308, grün poliert, sechs. Härte 2, 3 u. 4	1,-	1,- Mk.	
Bleistift Nr. 676, sechs. weisse, Zinnern. 30 cm lang	0,70	8,- Mk.	
Bleistift Nr. 2324, sechs. rot, Zinnern. 30 cm lang	0,70	9,- Mk.	
Bleistift Nr. 1250, „Apollo“, in 15 Härten, 6 B bis 7 H	3,00	36,- Mk.	
Kopierstifte „Apollo“, beste Qual., hart, mittel, weich	3,00	36,- Mk.	
Farbstifte, blau und rot	1,-	11,- Mk.	
Signierstifte, blau	1,40	15,- Mk.	
Graphitstifte, schwarz	1,40	15,- Mk.	
	Stück	Duzd.	
Maßstäbe Nr. 907a — 21, 0. Feder, 1 m, Meter-Meß	0,40	4,- Mk.	
Maßstäbe Nr. 907b — 21, 0. Feder, 1 m, Meter-Meß	0,40	4,- Mk.	
Maßstäbe Nr. 907c — 102 cm Feder, 1 m, Meter-Meß	0,60	6,00 Mk.	
Maßstäbe Nr. 907d — 102 cm Feder, 1 m, Meter-Meß	0,60	6,00 Mk.	
Maßstäbe Nr. 907e — 102 cm Feder, 2 m, Meter-Meß	1,-	11,- Mk.	
Maßstäbe Nr. 907f — 102 cm Feder, 2 m, Meter-Meß	0,70	8,- Mk.	
Schweißmaßstäbe Nr. 907g, Feder, 1 1/2, 2, 2 1/2, 3	0,60	6,00 Mk.	
Schweißmaßstäbe Nr. 907h, Feder, 1 1/2, 2, 2 1/2, 3	0,80	8,00 Mk.	

Diese Preise gelten nur beim Bezug durch die Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, Postcheck (D.H.V.) 283 97

Wer die Preise kennt, kauft nur Reklamepreis! Nur 2,50 Mk. bei Uhren-Klose

kostet die echte deutsche Herren-Anker-Uhr Nr. 10 stark vernickelt, ca. 30 Stk. Werk, genau reg. nur 2,50 Mk. Nr. 11 echt versilbert, Goldrand u. Scharnier ... 3,70 Mk. Nr. 12 kleinere Form, besseres Werk ... 6,40 Mk. Nr. 13 Neusilber, 2 hintere Deckel, 3 Steine ... 10,00 Mk. Nr. 14 mit Sprungdeckel, ganz vergoldet ... nur 12,00 Mk. Nr. 15 echt Silber, Goldrand, 10 Steine ... nur 16,00 Mk. Nr. 16 echt Silber, pa. Ankerwerk, 15 Steine, nur 24,00 Mk. Nr. 39 Damenuhr, versilbert, m. Goldrand, nur 4,00 Mk. Nr. 79 dieselbe, kleines Format ... nur 6,30 Mk. Nr. 76 mit Sprungdeckel, echt Silber 800 oder pa. Golddoublet, 10 J. Gar. gestemp. nur 36,00 Mk. Nr. 47 Armbanduhr, mit Riemen ... nur 3,60 Mk. Nr. 44 dieselbe, kleine Form mit bess. Werk nur 5,50 Mk. Nr. 81 dieselbe, echt Silber, 10 Steine ... nur 13,50 Mk. Nr. 82 echt Gold, 585 gestempelt ... nur 24,00 Mk.

Werker, la Messingwerk 2,60 bis 6,00 Mk. Panzerkette, vern. 0,50, echt Nickel 1,00, echt verz. 1,50, echt vergold. 2,00, echt Silb. 5,00, Golddoublet 6,00

Unsere Leiter erhalten 1. Mk. Nachlass und 1 Kapsel gratis bei Bestellung einer Uhr zu 10,00 Mk. oder mehr
Von den Uhren verkaufe ich jährlich ca. 10 000 Stück

UHREN-KLOSE, BERLIN SW 29 (34), Zossener Strasse 8

Sprechmaschinen-Laufwerke
zum Selbstbau. In Doppeldeckel-Laufwerk nur 11,50 Mark
Enderne, Frischer, Schalldosen und Teller in grosser Auswahl sowie Regulator-, Tisch- und Hausuhrwerke zum Selbstbau, nach Katalog der gratis und franko versandt wird von Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10

T 11

Josef Witt, Weiden-Oberpf.

Grösstes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eig. Webwaren-Fabriken und eig. Ausrüstungswerk.

2 500 Arbeiter und Angestellte,
31 472 Spindeln in eigener Spinnerei,
1 600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien
700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren

sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen!
900 000 Nachbestellungen auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt
Der natürlichste Beweis der Güte u. Billigkeit

Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.
Bei Bestellung v. 15,- Mk. an erhalten Sie auf diese Preise

noch 5 Prozent Rabatt

Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch eine brauchbare Schlafdecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern

Nr.	Preis per Meter	Breite	Mk.
8	Weisses Hemdentuch, etwas leichte Gebrauchsware	70 cm per mtr.	0,20
9	Weisses Hemdentuch, sehr gute, mittelstark, dicht geschlossene Sorte	80 cm per mtr.	0,38
10	Vorhangstoff, sog. Gardinen, aus feinen Garnen mit echt indanthrenfarbig, schönen Streifmustern	70 cm per mtr.	0,18
11	Handtücher, schwere Strapazierqualität	40 cm per mtr.	0,28
12	Baumwolltuch, ungebleicht, mittelfeinlädige, harte Sorte	78 cm per mtr.	0,28
13	Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unwüstliche Qualität	78 cm per mtr.	0,38
14	Hemdenflanell, gute, haltbare, reisselste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift	70 cm per mtr.	0,30
15	Hemdenflanell, echt indanthrenfarbig gestreift, ausserordentlich haltbare, fast unzerreissbare kräftige Qual., fast unverwüstl. im Gebrauch	75 cm per mtr.	0,40
16	Weisses Makotuch, feintäd., sehr dicht geschloss., garantiert echt ägyptisch, für besonders feine Hemden u. Waschestücke	80 cm per mtr.	0,50
17	Stuhltuch, geschlossen, starke Qualität, für bessere strapazierbare Betttücher	150 cm per mtr.	1,15
18	Frottierhandtücher, aus gutem Kräuselstoff, mit schon eingewebte Mustern	per Stück	0,70
19	Damentaschentücher, weiss m. Hohlsaum, leinlädige, gute, sehr beliebte Qualität, 30x30 cm	per 1/2 Dutzend	0,70
20	Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar	per 1/2 Dutzend	0,70

Ungeheuer vorteilhaft!

21 **Weisses Hemdentuch**, mittelstarkläd. geschloss., vorzügl. Qualität für sehr solide, besonders haltbare Waschestücke. Weil dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche statt leichter noch dichter, 80 cm breit. Ausnahmepreis per mtr. nur **0,36**

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter- od. Stückzahl

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von 10,- Mk. an, portofreie Lieferung von 20,- Mk. an

Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, dass Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten aussergewöhnlich günstig erhalten haben

Josef Witt, Weiden 392 Oberpf.

Webwaren — Fabrikation — Ausrüstung — Versand